Ahauser Kreiszeitung

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Ahaus — Zentral-Organ für das nordwestliche Münsterland

verbunden mit Epe'r Volksblatt, Gronauer Volkszeitung, Nienborg-Heeker Zeitung, Stadtlohner Anzeiger, Vredener Volksblatt

Erscheint täglich Bezugspreis Monatlich 2 Goldmark ohne Bestellgeld. Schriftleitung und Geschäftsstelle in Ahaus Ulmenstr. 222a Tel.-Adresse Kreiszeitung Ahaus i. W. — Fernsprecher Nr. 50 — Postscheckkonto Hannover Nr. 22739 Bankkonten Kreis- und Stadtsparkasse Ahaus und Gewerbebank Ahaus

Wöchentliche Sonderbeilagen. Erholungsstunden für das christliche Volk, Geist und Gestalt, Lesestunde, Welt und Wissen, Frauenwelt, Steuer und Recht, Sozialpolitik u. Standesfragen, Technik und Verkehr, Turnen, Spiel und Sport.

Anzeigenpreise Das 30 mm breite mm 10 Goldpfennig. Bei Wiederholungen Rabatt nach festem Tarif. Reklamen Das 80 mm breite mm 50 Goldpfennig. Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler kein Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassarabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 8 Tagen nach Erhalt der Rechnung erfolg.

Nummer 342 | Ahaus, Dienstag, den 14. Dezember 1926. | 46. Jahrgang

Das Genfer Ergebnis.

Der Samstag war in Genf ein kritischer Tag, der lebhaft an Cannes erinnerte; Briand rang mit Poincaré auf telephonischem Wege. Der Widerstand Poincaré-Fochs soll ein derartig geschlossener gewesen sein, daß Briand mit seiner Demission drohte und damit ein Ende der ganzen deutsch-französischen Versöhnungspolitik zu befürchten war. Der Verständigungswille erwies sich stärker als die hemmenden Kräfte, und Briand, der durch Thoiry etwas von seinem Ansehen eingebüßt hatte, kehrt stärker aus Genf zurück, als er dorthin gefahren war. Es ging in dieser letzten Phase der Genfer Tagung um die baldige Aufhebung der von den Alliierten ausgeübten Militärkontrolle und die Unschädlichmachung des Investigationsrechts (Untersuchungsrechts) des Völkerbundes.

Leicht wird man sich darüber geeinigt haben, daß die Militärkontrolle alsbald verschwinden müsse, doch das Reich ist nach der Meinung der alliierten Militärs noch in zwei Punkten im Rückstand geblieben, nämlich einmal in der Frage der Ostfestungen und zweitens in der Gesetzgebung hinsichtlich der Ausfuhr von Kriegsmaterial. Die Reichsregierung war aber anderer Ansicht. Was war da zu machen? Hätte man es nur mit Briand, nur mit dem Repräsentanten des verständigen Frankreich zu tun gehabt, so wäre die Lage nie kritisch geworden, aber das französische Kabinett machte Schwierigkeiten. So fand, namentlich am Samstag nachmittag, ein erregter Meinungsaustausch zwischen Paris und Genf statt. Dem Premierminister Poincaré mag es schwer genug gefallen sein, vernünftig zu sein, aber der Finanzminister des gleichen Namens mußte sich doch sagen, daß Briand und die von diesem verfolgte Friedenspolitik für den finanziellen Kredit ein sehr wesentliches Element ist, daß der Franc und somit der eigentliche Lebenszweck des gegenwärtigen französischen Kabinetts in Gefahr geraten würde, falls Briand, der gerade unter dem Beifall der ganzen Welt mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Briand, wegen seiner Friedenspolitik fiele. Für Poincaré war es in der Tat Pflicht, sich selbst und die noch weiter rechts stehenden Mitglieder seines Kabinetts zu meistern. Die Lösungen, die ballartig in den letzten 24 Stunden zwischen Paris und Genf hin und her geworfen wurden, sind bekannt. Das, was von ihnen unter dem Einfluß der Pariser Rechten stand, war für Deutschland unannehmbar. In der Abendstunde des Sonntags ist es dann zu einem Kompromiß gekommen, das Briand wohl vor seiner Opposition der Rechten verteidigen kann, das aber in praktischer Hinsicht den deutschen Standpunkt in Kauf nimmt. Zunächst wird, was das Wichtigste ist, die Interalliierte Militärkontrollkommission in jedem Fall, aber gleichgültig ob die beiden strittigen Fragen bis dahin gelöst sind oder nicht, am 31. Januar verschwinden. Was die zwei strittigen Punkte betrifft, so scheint das ins Auge gefaßte Verfahren auf den ersten Blick nicht sehr klar zu sein. Nach Absatz 5 des veröffentlichten amtlichen Textes kann jede der in der Botschafterkonferenz vertretenen Regierungen ihrer Botschaft einen technischen (das heißt natürlich einen militärischen) Sachverständigen attachieren, der geeignet ist, sich mit den zuständigen deutschen Behörden über die Fragen, die mit den erzielten oder noch zu erzielenden Lösungen zusammenhängen, ins Benehmen zu setzen. Also: eine verschleierte Militärkontrollkommission? Das wird man vielleicht in Frankreich behaupten. Für uns Deutsche ist aber der Absatz 4 wichtiger, nach dem, wenn bis zur Zurückziehung der alliierten Militärkontrollkommission, nämlich bis zum 31. Januar, in den beiden strittigen Fragen noch keine Einigung erzielt worden sein sollte, der Völkerbundsrat mit dem Streitfall zu befassen ist. Dieser aber würde höchstwahrscheinlich den Streitfall dem Haager Internationalen Gerichtshof zuweisen, da es sich in ihm um die Auslegung von Vertragsbestimmungen handelt.

Die schließliche Lösung ist ein Kompromiß, das, wie es im Wesen eines solchen liegt, keine ungeteilte Befriedigung hervorrufen kann. Aber selbst die deutsche Rechtspresse erkennt an, daß in wesentlichen Punkten dem deutschen Standpunkt Rechnung getragen sei, und daß die deutsche Delegation ein besseres taktisches Verfahren und bessere Nerven als in Locarno gezeigt habe. In Berliner Regierungskreisen ist man im allgemeinen mit dem Ergebnis zufrieden, da man erreicht zu haben glaubt, was unter den gegebenen Umständen zu erreichen gewesen sein. Man ist sich jedoch bewußt, daß die in Genf erzielte Verständigung noch keinen Abschluß aller schwebenden Fragen bedeuten kann, schon deshalb nicht, weil in Genf dieses Mal die Räumung der noch besetzten Gebiete überhaupt nicht zur Sprache gebracht worden ist. Die bis zum März zur Verfügung stehende Zeit wird man daher zur Vorbereitung der dann in Aussicht genommenen Verhandlungen über die Räumung des Rheinlandes zu benutzen haben.

Die Pariser Presse stimmt im allgemeinen dem Kompromiß zu; als wesentlich wird bezeichnet, daß die Verhandlungen in Genf zu Ende gingen, ohne daß die Autorität der Botschafterkonferenz mißachtet worden sei. Auch die englischen Blätter äußern sich durchgehends zufriedengestellt. Desto unzufriedener und unruhig ist man in Polen. Die meisten polnischen Blätter stellen fest, daß sich der im September so mühsam erkämpfte polnische Ratssitz jetzt wenig wirksam erwiesen habe. Pilsudskis „Glos Prawdy" wirft Briand vor, daß er Polen in Genf völlig im Stich gelassen habe. Der liberale „Kurjer Polski" macht für das Genfer „Fiasko" den Grafen Skrzynski verantwortlich. Es kommt jetzt vor allem darauf an, daß Briand sich nach seiner Rückkehr in Paris genau so durchsetzt, wie er sich von Genf aus durchgesetzt hat.

Die Besprechungen des Kanzlers mit den Parteiführern.

Vor der Entscheidung über die Koalitionsfrage.

Berlin, 13. Dez. (Eig. Drahtber.)

Von unserer Berliner Redaktion.

Die politische Situation hat bisher noch keine Klärung erfahren. Die Meinungen widerstreiten sich. Ein Teil der Parlamentarier ist der Ansicht, daß die Entscheidung über die künftige Koalition und damit über das Reichskabinett bereits in dieser Woche fallen werde. Der vorerst noch größere Teil der Abgeordneten vertritt dagegen die Meinung, daß die Lösung der Krise bis nach den Feiertagen verschoben wird. Als einziger fester Punkt scheint zunächst festzustehen, daß vor der Rückkehr des Reichsaußenministers Dr. Stresemann aus Genf keine endgültige Regelung Platz greifen wird. Voraussichtlich wird sich Dr. Stresemann erst am Donnerstag im Auswärtigen Ausschuß über die Genfer Verhandlungen äußern können.

Am Montag fanden, soweit dies bei der Abstimmung über die zahlreichen Paragraphen des Arbeitsgerichtsgesetzes möglich war, fortlaufend Sitzungen zwischen den Führern der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten unter Teilnahme des Reichskanzlers Dr. Marx statt. Eine starke Rolle spielte dabei das Aktenmaterial, das die Sozialdemokraten über die angeblichen Verstöße in der Reichswehr vorgelegt haben. An der Aussprache über dieses Thema nahmen auch der Chef der Heeresleitung General Heye und der Chef der Marine Admiral Zenker teil. Vielleicht besteht die Möglichkeit, die Abstimmungen, von denen das Schicksal der Regierung abhängt, bis nach Weihnachten zu verschieben, obwohl die sozialdemokratische Fraktion es gern sähe, wenn die Entscheidung bereits in dieser Woche fiele. Endgültiges läßt sich heute noch nicht sagen.

* * *

▲ **Berlin, 13. Dez.** Das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger meldet zur politischen Lage: Im Reichstag fanden heute nachmittag mehrere Stunden hindurch Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Führern der Regierungsparteien über die augenblickliche politische Lage statt. Sie wird durch die Erörterungen über die Reichswehr verschärft, aber es gingen heute im Reichstag Gerüchte um, daß nach der Möglichkeit gesucht werde, die bei der dritten Lesung des Nachtragsetats in Aussicht genommene große politische Aussprache über die Innen- und Außenpolitik zu verschieben. Ein Moment dafür, es in diesen Tagen nicht zu einer Regierungskrise kommen zu lassen, liegt darin, daß der Reichsaußenminister von Genf mit einem beachtenswerten Erfolg zurückkehrt. Der Reichskanzler ist bereit, die Entscheidung über die Koalitionsfrage, die doch einmal kommen muß, auch sofort zum Austrag bringen zu lassen. In Zentrumskreisen sieht man vorläufig noch nicht die Notwendigkeit einer Verschiebung der politischen Aussprache, wenn auch vielleicht wichtige Abstimmungen noch vertagt werden könnten. Die Sozialdemokraten bestehen nicht nur auf eine Aussprache, sondern auch auf eine Abstimmung über das Fortbestehen des jetzigen Reichskabinetts, gegen das sie sich ja einen Mißtrauensantrag vorbehalten haben. In den Kreisen der sozialdemokratischen Fraktion meint man, daß die Feststellung des Nachtragsetats nicht verzögert werden dürfe.

Die dritte Lesung zum Nachtragsetat wird sicherlich vor der Weihnachtspause stattfinden müssen, und es läßt sich natürlich nicht verhindern, daß dabei die großen politischen Momente zur Aussprache gebracht werden. Aber es liegt doch nicht außer dem Bereich der Möglichkeit, daß man eine auf eine Regierungskrise zugespitzte Aussprache noch umgehen wird. Es bliebe ja auch, wie gesagt, die Möglichkeit, zwar eine Aussprache zu führen, aber die Abstimmungen, die für den Bestand der Regierung entscheidend sein können, bis nach der Weihnachtspause zu vertagen.

Für den Mittwoch vormittag ist eine neue Sitzung des Aeltestenrats vorgesehen, in der die endgültigen Dispositionen getroffen werden sollen. Ueber den Inhalt der heutigen Besprechungen beim Reichskanzler wird volle Vertraulichkeit gewahrt. Ob der Reichskanzler in den späten Abendstunden noch mit den Führern der sozialdemokratischen Partei würde verhandeln können, war noch ungewiß.

Abreise der deutschen Delegation aus Genf.

:=: **Genf, 13. Dez.** Die deutsche Delegation hat heute nachmittag 6 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zuge die Rückreise nach Berlin angetreten.

Ministerbesprechungen.

△ **Berlin, 13. Dez.** Heute vormittag fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx eine Ministerbesprechung statt, die den in Berlin eingetroffenen Vorbericht über die Ergebnisse der Genfer Verhandlungen zum Gegenstand hatte. Die „Vossische Zeitung" weiß mitzuteilen, daß der Bericht von den Ministern zustimmend zur Kenntnis genommen wurde mit dem Ausdruck des Dankes für Dr. Stresemann, der den deutschen Standpunkt gewahrt habe.

Danktelegramm Dr. Stresemanns.

× **Berlin, 13. Dez.** Auf das dem Reichsminister Dr. Stresemann übersandte Glückwunschtelegramm ist aus Genf nachfolgender Dank des Reichsministers des Auswärtigen in der Reichskanzlei eingelaufen:

Ihnen, sehr verehrter Herr Reichskanzler, sowie den Herren Kollegen des Reichskabinetts danke ich herzlich und aufrichtig für die Glückwünsche, die Sie mir aus Anlaß der Verleihung des Friedensnobelpreises ausgesprochen haben. Mit Ihnen sehe ich in dieser Verleihung die Anerkennung der Weltöffentlichkeit für diejenige Politik der Befriedung Europas und der Welt, die von den Reichsregierungen der letzten Jahre, die wiederholt unter Ihrer Führung standen und jetzt steht und an der alle Kollegen des gegenwärtigen Kabinetts mitgewirkt haben, betrieben worden ist. Ihnen, sehr verehrter Herr Reichskanzler, und den Kollegen des Kabinetts in dieser Stunde für das Vertrauen zu danken, dessen ich mich stets erfreuen durfte, ist mir aufrichtiges Bedürfnis.

gez. Reichsminister Dr. Stresemann.

Weiterer Besatzungsabbau im Saargebiet.

:: **Saarbrücken, 13. Dez.** Das Berliner Tageblatt weiß von einem weiteren Besatzungsabbau im Saargebiet zu melden. Es sollen Vorbereitungen getroffen sein, ein französisches Infanterieregiment nach St. Avold in Lothringen zu verlegen.

Vanderveldes Ansicht.

)(**Brüssel, 13. Dez.** Vandervelde, der von einem Vertreter der belgischen Telegraphenagentur über das Genfer Abkommen befragt wurde, erklärte u. a.:

Es ist unser Bestreben, bei denen Vertrauen zu schaffen, die auf der anderen Seite der Grenze im Kampf mit denselben Schwierigkeiten wie wir in gleicher Weise für den Frieden und für die geistige Abrüstung wirken, die die Vorbedingungen der materiellen Abrüstung ist; und wenn ich von Abrüstung spreche, so meine ich damit eine allgemeine Abrüstung, die im übrigen schon im Vertrag von Versailles selbst vorgesehen ist. In dem in Genf beschlossenen Uebereinkommen gibt es keinen anderen Weg als den des Geistes von Locarno und des Völkerbundes. In der Frage der Befestigungen im Osten, erklärte Vandervelde, beharrt Deutschland darauf, zur Ausführung solcher für die Verteidigung bestimmten Anlagen berechtigt zu sein. Wir bestreiten ihm dieses Recht in aller Form. Man wird also die diplomatischen Verhandlungen fortsetzen, es sei denn, daß, falls die Anschauungsgegensätze sich als dauernd erweisen sollten, der Völkerbundsrat angegangen wird, der seinerseits ohne Zweifel dann den Haager Gerichtshof um seine Meinungsäußerung ersuchen würde.

Die neue Kontrolle.

Der beachtenswerteste Erfolg der deutschen Politik in Genf ist das bedingungslose Verschwinden der bisherigen Interalliierten Kontrollkommission zum 31. Januar 1927 Die zwei Restpunkte, die einfach preiszugeben die Botschafterkonferenz sich nicht entschließen konnte, nämlich die Streitfragen des Kriegsmaterials und der Ostfestungen, sollen gesondert bereinigt werden, aber die zu diesem Zwecke nötigen Verhandlungen können die Aufhebung der Interalliierten Kontrollkommission nicht mehr aufhalten.

Es lohnt sich, die alte Rechtslage mit der neuen in der Behandlung der künftigen Kontrolle über Deutschlands Abrüstung zu vergleichen. Artikel 213 des Versailler Vertrages, auf dem das ganze Investigationsprogramm aufgebaut ist, hat für Deutschland einen Sonderzustand geschaffen, der weder durch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, noch durch das Ergebnis der jetzt zum Abschluß gekommenen Besprechungen beseitigt worden ist Wir haben natürlich keine Waffe in der Hand, um die Sonderverpflichtung, uns einer Kontrolle unseres Heerwesens zu unterwerfen, aufzuheben. Die Aufgabe der deutschen Politik bestand vielmehr darin, die drückendsten Bestimmungen dieses Sonderzustandes auszumerzen oder wenigstens zu mildern. Welche Fortschritte auf diesem Wege erzielt worden sind, wird man am besten durch Gegenüberstellung der Bestimmungen über die Investigation, wie sie das Protokoll von 1924 vorschrieb, und der neuen Formulierung ersehen. Die alte Investigationsordnung bestimmte, daß die Investigation sich auf die Entmilitarisierung der in den Friedensverträgen vorgesehenen Gebiete und auf alle Bestimmungen über Militär, Marine und Luftfahrt bezieht. Ueber die Ausübung des Investigationsrechtes beschließt der Völkerbundsrat mit Mehrheitsbeschluß. Einen dahin zielenden Antrag kann jedes Mitglied des Völkerbundsrates stellen. Die Vorbereitung jeder vom Rat beschlossenen Investigation liegt dem ständigen Rüstungsausschuß des Völkerbundes ob, in dem für Investigationsfragen jeder Nachbarstaat der betroffenen besiegten Mächte eine Vertretung erhält.

Die alte Fassung des Investigationsprotokolls besagt dann weiter daß der ständige beratende Ausschuß des Völkerbundes alljährlich ein Programm der vorzuschlagenden Investigationen dem Rat unterbreiten soll. Die Durchführung eines Investigationsprogramms für eine längere Zeitspanne ist durch das jetzt unterzeichnete Zusatzprotokoll unmöglich geworden.

Der beratende Ausschuß des Völkerbundsrates legt eine Liste von Sachverständigen vor, aus denen die Investigationsausschüsse gebildet werden. Die Leitung der Investigationsausschüsse liegt den vom Völkerbundsrat zu ernennenden Vorsitzenden ob. Mit der praktischen Ausübung der Investigation werden Gruppen von mindestens drei Mitgliedern eines Investigationsausschusses betraut. Die Bestimmung, daß in den entmilitarisierten Zonen ständige Organe der Investigationsausschüsse eingesetzt werden können, ist durch das Protokoll ebenfalls weggefallen.

Durch das Zusatzprotokoll sind ferner weitsichtige Bestimmungen zu der alten Investigationsordnung hinzugefügt, daß nämlich Deutschland das aktive Kontrollrecht erhält und daß die Nachforschungen in Deutschland nur in einer Form ausgeführt werden können, die sich mit der deutschen Gesetzgebung vertragen. Wenn mit der neuen Ordnung auch nicht alle Wünsche des deutschen Volkes erfüllt sind, so ist doch den Einsprüchen, die die deutsche Note vom Januar dieses Jahres vorbrachte, im wesentlichen Rechnung getragen worden.

* * *

Die Materialausfuhr.

)(**Berlin, 13. Dez.** Zu der Frage der Materialausfuhr, die namentlich für die optische Industrie Bedeutung hat, berichtet die „Tägliche Rundschau" aus Genf: Vorläufig bestehen auf deutscher Seite, wie ausdrücklich betont wurde, noch immer berechtigte Aussichten, daß man schon auf diplomatischem Wege zu einer Einigung gelangen wird. So habe sich gerade in den Sitzungen der Sechsmächtekonferenz England bedeutend entgegenkommender gezeigt, indem es die bis jetzt von ihm vertretene starre Auslegung des Versailler Vertrages inbezug auf die Kriegsmaterialausfuhr merklich zu Gunsten einer weiteren Auslegung modifiziert.

Die Sorgen des Reichsfinanzministers.

:: **Berlin, 13. Dez.** Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte die Beratung des zweiten Nachtragsetats für 1926 beim Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung fort.

Abg. Höllein (Komm.) behauptete, die Massensteuern wiesen gegenüber der Besitzsteuer eine steigende Progression auf.

Abg. Dr. Frick (Völk.) regt weitere Aufschiebung der Biersteuer an.

Abg. Keil (Soz.) fragt nach den Rückständen der Erbschaftssteuer und kündigt eventl. den Antrag an, den Ertrag der Steuern und Zölle im Etat mit 7 Millionen mehr einzusetzen.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold: Schon durch die Vorlegung des ungewöhnlich hohen Nachtragsetats sind für das Reichsfinanzministerium ernste Schwierigkeiten und Sorgen erwachsen, ob die Mehrausgaben auch durch die Mehreinnahmen gedeckt würden Der Reichstag hat inzwischen einschließlich der Beschlüsse des Plenums in zweiter Lesung 153 Millionen mehr angefordert. Die Regierung ist nicht in der Lage, allen diesen Bewilligungen zu entsprechen. Die Notlage Ostpreußens steht fest. Die Reichsregierung hat deshalb 32 Millionen für diesen Zweck zur Verfügung gestellt. Aber dieses Entgegenkommen hat dazu geführt, daß nun auch für alle angeblich bedrohten Gebiete ähnliche Bewilligungen gefordert wurden. Wenn der Reichstag bei seinen Beschlüssen in zweiter Lesung bleibt, so ist die Regierung nicht in der Lage, diese Anforderungen zu erfüllen. Ich kann schlechterdings nicht mehr als 200 Millionen, die etwa aus Mehrzöllen usw. noch einkommen, in den Etat einstellen und werde die Erklärung vor der dritten Lesung des Etats auch im Plenum des Reichstages abgeben. Auch vom Reichrat sind noch 23 Millionen Mehrforderungen hinzugefügt worden und sogar rund 70 Millionen weitere Anmeldungen in Aussicht gestellt. Ich werde daher im Reichsrat die gleiche Erklärung abgeben, daß durch solche Mehrbewilligungen eine solide Finanzverwaltung gefährdet wird und daß ich nicht in der Lage bin, solche Ausgaben zu leisten.

Ueber diese Erklärung entspann sich eine längere Aussprache. Abg. Guérard (Z.) kündigte noch Anträge für die gefährdete Ostmark zur dritten Lesung an.

Abg Keil (Soz.) machte darauf aufmerksam, man werde damit rechnen können, daß im Endergebnis ein Mehrbetrag von 227 Millionen Reichsmark für die Deckung der Ausgaben des Nachtragshaushalts zur Verfügung stehen wird.

Von Seiten der Reichsregierung wurde diese Auffassung als zu optimistisch zurückgewiesen.

Trotzdem nahm der Ausschuß in der Abstimmung, um einen etatsmäßigen Ausgleich für die Mehranforderungen zu haben einen Antrag des Abgeordneten Keil an, der die aus Einnahmen der Zölle im Nachtragsetat veranschlagte Summe von 90 Millionen Mark auf 227 Millionen Mark erhöht.

Nun konnten auch rechnungsmäßig die 41½ Millionen Mark für Weihnachtsgratifikationen an die

Beamten und Angestellten des Reiches vom Haushaltsausschuß genehmigt werden.

Ebenso genehmigt wurden 3 Millionen Mark für die bereits beschlossene einmalige Zuwendung an die Arbeiter der Reichsverwaltung.

Zur Deckung von ordentlichen Ausgaben für die Kriegslasten mußte im zweiten Nachtragsetat der Haushaltsausschuß 117 429 500 Reichsmark bewilligen.

Bewilligt wurden weiter 12 833 333 Reichsmark für die Kriegslasten zur Abführung an den Kommissar der verpfändeten Einnahmen zum Zwecke der Ansammlung eines Reservefonds. Es handelte sich hier nicht um eine endgültige Ausgabe des Reiches, sondern um die Ansammlung eines Reservefonds zur Sicherheit für die von Deutschland zu leistenden Reparationszahlungen auf Grund des Londoner Abkommens. Der Fonds ist von dem Kommissar als verpfändete Einnahmen verzinslich anzulegen. Die Zinsen fließen der Reichskasse zu. Ebenso ist das Kapital nach Erfüllung des Londoner Abkommens dem Reiche wieder zur Verfügung zu stellen.

Ferner stimmte der Haushaltsausschuß der Gewährung eines Darlehens an die oberschlesische Eisenindustrie im Betrage von 18 Millionen Reichsmark zu.

Bewilligt wurde auch die Etatsposition, die ein Darlehen an die Deutsche Reichsbahngesellschaft im Betrag von 100 Millionen Reichsmark enthält. Das Darlehen wird mit 3 v. H. und soweit es für die Elektrisierung der Berliner Stadt- und Ringbahn verwendet wird, mit 7½ v. H. jährlich verzinst und spätestens nach 3 Jahren zurückgezahlt. Wegen Verwendung von Arbeitslosen sind die erforderlichen Vorkehrungen getroffen.

Ferner bewilligte der Haushaltsausschuß ein Darlehen von 11 200 000 Reichsmark zur Fortführung begonnener neuer Eisenbahnen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms. Insgesamt sind nach dem mit den Ländern vereinbarten Programm 31 513 000 Reichsmark erforderlich, wovon 1926 ein erster Teilbetrag von 11,2 Millionen Reichsmark verwendet werden sollen.

Der Ausschuß nahm dann eine Entschließung an, daß die Regierung im Rahmen des Ostprogramms auch eine Unterstützung der ostpreußischen See- und Küstenfischer durchführen möge.

Abgelehnt wurde dagegen ein kommunistischer Antrag der 20 Millionen Reichsmark zum Ankauf von Düngemitteln für notleidende bäuerliche Familienbetriebe als Notkredite fordert.

Das Arbeitsgerichtsgesetz.

Deutscher Reichstag.

:: Berlin, 13. Dezember.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Seiffert (Völk.), der Rechtsausschuß möge die neuen Aufwertungsanträge beschleunigt bearbeiten. Präsident Loebe sagt zu, diesen Wunsch dem Aeltestenrat vorzutragen.

Eine Novelle zum Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen wird ohne Debatte in allen Lesungen angenommen. Danach wird die zeitliche Begrenzung für das Bestehen der beim überlasteten Reichsversorgungsgericht gebildeten Hilfssenate aufgehoben.

Hierauf wird die zweite Beratung des Arbeitsgerichtsgesetzentwurfes fortgesetzt.

Abg. Lambach (Dntl.) beantragt die Wahl der Beisitzer unter Bildung besonderer Kaufmannskammern. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages müsse mindestens von der Reichsregierung mitgeteilt werden, unter welchen Bedingungen Organisationen in die Vorschlagsliste aufgenommen würden.

Abg. Giebel (Soz.) lehnt diesen Antrag ab und wendet sich nach einer weiteren großen Anfrage noch einmal gegen die Zulassung von Rechtsanwälten in der ersten Instanz.

Eine weitere große Anfrage der Sozialdemokraten bezieht sich auf die Schlagwetterexplosion auf der Zeche de Wendel, die sechs Tote und mehr als 17 Schwerverletzte im Gefolge hatte.

Abg. Geri (Z.) erklärt, ein Teil seiner Freunde werde für die Zulassung von Rechtsanwälten in der ersten Instanz, aber nicht für den Anwaltszwang stimmen.

Abg. Dr. Pfeffer (D.Vpt.) lehnt für die Mehrheit seiner Fraktion die von den Deutschnationalen beantragte Wahl der Beisitzer ab.

Ministerialdirektor Dr. Sitzler erklärt die Einrichtung besonderer Kaufmannskammern für unzweckmäßig.

Abg. Stöhr (Völk.) unterstützt den deutschnationalen Antrag auf Einrichtung besonderer Fachkammern für Handlungsgehilfen dort, wo früher vollbeschäftigte Kaufmannsgerichte bestanden.

Nach weiterer Debatte wird der deutschnationale Antrag auf Angliederung der Arbeitsgerichte an die ordentlichen Gerichte in namentlicher Abstimmung mit 227 gegen 140 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt und § 1 wird gegen Deutschnationale, Wirtschaftliche Vereinigung, Kommunisten und einem Teil der Deutschen Volkspartei angenommen.

Ein Antrag Dr. Raschig (Dem.), der Streitigkeiten über die Erfindung eines Arbeitnehmers den Arbeitsgerichten entziehen will, wird im Hammelsprung mit 196 gegen 122 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Abgelehnt wird auch ein deutschnationaler Antrag, der die Handwerkslehrlinge nicht unter die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte fallen lassen will. Als Arbeitnehmer werden auf Antrag der Regierungsparteien auch diejenigen Zwischenmeister betrachtet, die einen überwiegenden Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit beziehen.

Der Antrag Dr. Raschig (Dem.), Dr. Pfeffer (D. Vpt.) und Gen. der auch in der ersten Instanz Rechtsanwälte bei Streitobjekten über 300 Mk. zulassen will, wird im Hammelsprung mit 187 gegen 152 Stimmen abgelehnt.

Beim § 17, der die Bildung der Kammern regelt, werden die Anträge auf Bildung besonderer Kammern für Handlungsgehülfen und für Hausangestellte abgelehnt.

Der Antrag der Deutschnationalen, der die Beisitzer durch Wahlen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestimmen will, wird in namentlicher Abstimmung mit 231 gegen 138 Stimmen abgelehnt.

Es bleibt bei dem Ausschußbeschluß, wonach die höhere Verwaltungsbehörde im Einvernehmen mit dem Landgerichtspräsidenten die Beisitzer auf Grund von Vorschlagslisten der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer berufen werden.

Bei den Ausführungs- und Uebergangsvorschriften beantragt

Abg. Rieseberg (Dn.) die Streichung der Bestimmungen, wonach auch die Gesetze oder Verordnungen aufgehoben werden, nach denen Innungsschiedsgerichte oder Innungen zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten zuständig sind. Die Arbeitsgerichte konnten niemals die Schlichtungsarbeit leisten, die den besonderen Verhältnissen des Handwerks entspricht und die jetzt von den Innungseinrichtungen geübt wird.

Abg. Esser (Z.) begründet einen auch von der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und der Bayrischen Volkspartei unterschriebenen Antrag, wonach eine paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzter Ausschuß in den Innungen die Streitigkeiten zwischen Meistern und Lehrlingen entscheiden soll. Bei Nichtanerkennung der Ausschußentscheidung kann Klage beim zuständigen Arbeitsgericht erhoben werden.

Abg. Grasmann (Soz.) fordert, daß die in Innungsbetrieben beschäftigten Arbeiter ebenso wie die ihrigen die Vorzüge der Arbeitsgerichte genießen müßten.

Reichsaußenminister Dr. Brauns betont, das Arbeitsministerium betrachte das Lehrlingsverhältnis in erster Linie als ein Erziehungs- und Ausbildungsverhältnis, dem aber auch starke arbeitsrechtliche Momente anhaften. Zur Ueberwachung der Ausbildung und Erziehung seien in erster Linie die Handwerkskammern zuständig, aber die arbeitsrechtlichen Streitfragen würden am besten einheitlich durch die Arbeitsgerichte erledigt.

Die Anträge auf Aufrechterhaltung der Innungsschiedsgerichte werden in namentlicher Abstimmung mit 212 gegen 150 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag auf Bildung von Innungsschlichtungsausschüssen für Lehrlinge wird in namentlicher Abstimmung mit 329 gegen 23 Stimmen angenommen.

Der Rest der Vorlage wird ohne wesentliche Aenderung in der Ausschußfassung angenommen.

Bei der darauf folgenden dritten Beratung erklärt Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sich gegen eine Entschließung Lambachs, in der eine Liste der für die Beisitzervorschläge zuständigen wirtschaftlichen Verbände verlangt wird.

Die Entschließung wird abgelehnt.

Angenommen wird die Entschließung Graßmann (Soz.) über Verstöße gegen die Arbeiterschutzbestimmungen.

In der namentlichen Abstimmung wird das Gesetz mit 211 gegen 140 Stimmen der Deutschnationalen, Kommunisten und der Wirtschaftlichen Vereinigung bei 7 Stimmenthaltungen angenommen.

Um 9,15 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag 3 Uhr. Tagesordnung: 2. Beratung des Nachtragsetats für das Reichsarbeitsministerium.

Die Vorgänge auf den Zechen „Werne" und „Sachsen".

:: Berlin, 13. Dezember.

Der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages für die Nachprüfung der gegen die Bergbehörden erhobenen Beschwerden setzte am Montag seine Verhandlungen fort. Ein Unterausschuß hatte inzwischen die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungsarbeit des Ausschusses in einem Antrage zusammengestellt, der über die Vorgänge auf den Zechen „Werne" und „Sachsen" folgendes sagt:

1. Die Bergaufsichtsbehörde hat es auf den Zechen „Werne" im Bergrevier Lünen und „Sachsen" im Bergrevier Hamm an ausreichender Tatkraft zur Ermittlung und Beseitigung der sich aus den übermäßig hohen Temperaturen in den Gruben ergebenden Mißstände fehlen lassen und auf beiden Zechen sind entgegen den gesetzlichen Vorschriften des § 93 des Allgemeinen preußischen Berggesetzes vor heißen Betriebspunkten von über 28 Grad Celsius die Bergarbeiter fortgesetzt länger als sechs Stunden beschäftigt worden. Auf der Zeche „Werne" sind auch Verstöße gegen den § 93 b des Allgemeinen preußischen Berggesetzes ungerügt vorgekommen, insofern Bergarbeiter vor heißen Betriebspunkten zu Ueberstundenarbeit veranlaßt worden sind.

2. Die Verstöße gegen die genannten gesetzlichen Bestimmungen haben lange Zeit hindurch fortbestanden. Diese Mißstände sind trotz Beschwerden der Betriebsvertretung nicht abgestellt worden und zwar auch dann noch nicht, als die Aufsichtsbehörde solche Beschwerden in schriftlicher Form durch die Bergarbeiterorganisationen und Betriebsvertretungen übermittelt erhielt. Insbesondere ist die strafrechtliche Verfolgung der beschuldigten Personen der Zechenverwaltung nicht nachdrücklich betrieben worden.

3. Der Bergrevierbeamte, Bergrat Thiele, vom Bergrevier Lünen hat im September bezw. Oktober 1924 der Staatsanwaltschaft Münster ein Gutachten über die Behandlung des § 93 des Allgemeinen preußischen Berggesetzes erstattet, das den klaren und eindeutigen, den Oberbergämtern und Bergrevierämtern unter dem 10. Oktober 1924 bekannt gegebenen Auslegungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers im Erlaß vom 26 September 1924 und des Preußischen Ministers für Handel und Gewerbe im Erlaß vom 19. September 1924 widerspricht und der Staatsanwaltschaft Veranlassung gab, die bereits eingeleitete Strafverfolgung einzustellen und somit die strafbare Handlungsweise der Verwaltung auf der Zeche „Werne" als straffrei hinzustellen. Erst auf Anordnung des Oberbergamts ist das Nachtragsgutachten berichtigt worden.

4. Der Bergrevierinspektor Lonsdorf vom Bergrevier Lünen ist über die Lage, insonderheit der bergarbeiterrechtlichen Bestimmungen auf die Vorschriften des § 93 des Allgemeinen preußischen Berggesetzes nicht ausreichend unterrichtet gewesen. Er war dadurch tatsächlich nicht in der Lage, die ihm obliegende Aufsichtsbefugnis in genügender Weise auszuüben.

5. Der Bergrevierbeamte Middelschulte vom Bergrevier Hamm hat der Staatsanwaltschaft Münster inbezug auf die Auslegung des § 93 des Allgemeinen preußischen Berggesetzes ein Gutachten erstattet, das geeignet war, den Eindruck zu erwecken, als ob an mehreren hintereinander folgenden Fragen auf der Zeche „Sachsen" an ein und derselben Arbeitsstelle Temperaturmessungen vorgenommen worden seien, obwohl weder von ihm noch von den ihm zur Verfügung stehenden Beamten solche Messungen an mehreren Tagen hintereinander stattgefunden hatten.

Ueber die Vorgänge auf der Zeche „Margarethe" besagt der Antrag des Untersuchungsausschusses:

1. Der Ausschuß sieht in dem Verhalten des Bergrevierbeamten Reimerdes in den Arbeitszeitfragen auf Zeche „Margarethe" einen Verstoß gegen die klaren gesetzlichen Bestimmungen.

2. Der Ausschuß stellt fest, daß das Bergamt Dortmund von der gleichen rechtlichen Auffassung ausgehend, den Bergrevierbeamten Reimerdes angewiesen hat, seine Anordnungen aufzuheben.

3. Der Ausschuß erwartet, daß die Staatsregierung Maßnahmen treffe, durch die ähnliche Verstöße in Zukunft verhindert werden.

Schließlich beschäftigt sich der Antrag des Ausschusses noch mit dem Verhalten des Bergrats Drissen aus Gladbeck. Zu dem Vorwurf gegen diesen Beamten wird festgestellt:

Die Entscheidung des Ministers für Handel und Gewerbe vom 26. August 1926 in dem Disziplinarverfahren gegen den Bergrat Drissen wird zur Kenntnis genommen und die Angelegenheit dadurch als erledigt angesehen.

Ueber diese vorläufig festgestellten Tatsachen des Untersuchungsausschusses fand eine nichtöffentliche Aussprache des Ausschußplenums statt. Eine Einigung über diese Feststellungen des Unterausschusses konnte noch nicht erzielt werden. Es wurden vielmehr erneut Vorschläge für die Feststellungen gemacht, die dem Landtag zur Kenntnis unterbreitet werden sollten. Der endgültige Beschluß des Ausschusses über diesen Abschnitt seiner Untersuchung dürfte erst am Dienstag gefaßt werden.

Das Zentrum und die Beamtenbeihilfe.

Von unserer Berliner Redaktion.

÷ Berlin, 13. Dezember. (Drahtb.)

In den nächsten Tagen wird im Reichstag die Entscheidung über die Weihnachtsbeihilfe der Beamten fallen. Der Aktion sind eingehende Verhandlungen unter den Parteien vorausgegangen. Die Reichsregierung hatte ihrerseits nach einer Kabinettssitzung am 25. November den Vorschlag gemacht, den Beamten der Gruppen 1 bis 13 eine einmalige Weihnachtsbeihilfe zu gewähren. Die Führer der Regierungsparteien sind am 26. November über diese Absichten der Reichsregierung unterrichtet worden. Der Vorschlag der Regierung ging damals dahin, den Gruppen 1 bis 4 ein Viertel des Monatsgehaltes mit einer Mindestgrenze von 30 Mark, den Gruppen 5 bis 13 ein Fünftel mit der Höchstgrenze von 60 Mark zu gewähren. Die Frauenhilfe sollte 10 Mark betragen und für jedes Kind sollte ein Zuschlag von 5 Mark gewährt werden. Nachdem sich die Regierung am 29. und 30. November die Zustimmung auch der Flügelparteien verschafft hatte, wurde ein dahingehender Antrag von sämtlichen Parteien außer vom Zentrum unterschrieben. Der Standpunkt des Zentrums ging dahin, daß bei aller Anerkennung der Notlage der Beamten und der sich daraus ergebenden Fürsorgemaßnahmen eine Weihnachtsbeihilfe zunächst am dringendsten für die wirtschaftlich schwächsten Gruppen sei. Das Zentrum war deshalb der Ansicht, daß es am zweckmäßigsten sei, die Maßnahmen zu befürworten, die auch im vorigen Jahre getroffen worden sind und die sich auf die gesamten Gruppen von 1 bis 6 bezogen. Dazu kam, daß man im Zentrum die Auffassung vertritt, daß die allgemein umstrittene Notlage der Beamten nicht durch diese an sich geringe Weihnachtsbeihilfe zu beheben sei. Deshalb hielt es das Zentrum für richtig, auf eine baldige Inangriffnahme der neuen Besoldungsordnung hinzuwirken.

Die Regierung wies ihrerseits darauf hin, daß die endgültige Besoldungsregelung erst in Verbindung mit der endgültigen Erledigung des Finanzausgleichs erfolgen könne, und daß man sämtlichen Gruppen die Weihnachtsbeihilfe gewähren müsse, weil es sich als unmöglich erwiesen habe, eine endgültige Regelung der Beamtenbesoldung, die bereits im vorigen Jahre in Aussicht gestellt war, schon in diesem Jahre zu ermöglichen.

Bei der Haltung, die von Seiten der Parteien eingenommen wurde, war eine Mehrheit für die Pläne des Zentrums nicht zu erzielen. Unter diesen Umständen wurde nunmehr vom Zentrum die Forderung aufgestellt, daß, wenn man über die Gruppe 6 unter Einschluß der Weihnachtsbeihilfe auch für die Weihnachtsbeihilfe auch für die Kriegsbeschädigten hinausgehen wolle, diese Aktion nur erträglich sei mit einer gleichzeitigen Hilfsmaßnahme für die Erwerbslosen sowie für die Sozial- und Kleinrentner. Die Kosten für die Aktion für die Beamten wurden vom Reichsfinanzminister folgendermaßen berechnet: 37 Millionen fallen auf das Reich, davon 23 Millionen auf die Kriegsbeschädigten, 4 Millionen auf das Heer und die Marine und 10 Millionen auf die Beamten: 75 Millionen haben die Länder und Gemeinden zu tragen; 14 Millionen fallen der Post und 17 Millionen der Eisenbahn zur Last. Sowohl die Post- als auch die Eisenbahnverwaltung hatten sich bereit erklärt, die Aktion der Reichsregierung mitzumachen. Auch Preußen hatte eine dahingehende Erklärung abgegeben und zwar darüber hinaus noch angeregt, den Frauenzuschlag von 10 auf 20 Mark zu erhöhen. Der Finanzminister erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Für die Gewährung der vom Zentrum geforderten Hilfe für die sozial Bedrängten wurden von der Regierung 25 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, die nach Berücksichtigung der Bedürftigkeit und der sonstigen gesetzlichen Regelung folgendermaßen nach Antrag des Zentrums verteilt werden sollen: Die Hauptunterstützungsempfänger aus der Erwerbslosenfürsorge, soweit sie über 26 Wochen erwerbslos sind, einschließlich der Zuschlagsempfänger der Krisenfürsorge, erhalten eine halbe Wochenunterstützung. Die Empfänger der Renten aus der Invalidenversicherung erhalten einen Betrag von je 6 Mark bezw. 3 Mark für jede Waisenrente. Die Kleinrentner erhalten einen Betrag von einem Drittel der Monatsunterstützung. Den Erwerbslosen wurde nur eine halbe Wochenunterstützung im Durchschnitt von 7 bis 10 Mark gewährt im Hinblick auf die allgemeine Erhöhung der Unterstützungssätze, die erst vor vier Wochen erfolgte. Den Invalidenrentnern soll auf dem einfachen Wege durch Auszahlung der Renten durch die Post die Erhöhung zuteil werden, weil auf diese Weise der Reichszuschuß nur verdoppelt zu werden braucht. Bei der Kleinrentnerfürsorge, die seit der Geltung der Fürsorgepflichtverordnung Aufgabe der Länder ist, werden die Notstandsmaßnahmen, die voll und ganz vom Reich übernommen werden auf ein Drittel der Monatsunterstützung festgelegt. Bei der hier getroffenen Regelung handelt es sich um zwei völlig getrennte Aktionen: 1. für die Beamten und 2. für die sozial besonders Bedrängten. Durch gemeinsamen Beschluß der Parteien und der Regierung wurde die einmalige Weihnachtsbeihilfe auch auf die Altveteranen ausgedehnt.

Im Haushaltsausschuß stellten die Sozialdemokraten den Antrag, auch die Reichsarbeiter in die Aktion mit einzubeziehen, eine Forderung, die besonders die Länder und Gemeinden stark belastet. Der Reichsfinanzminister gab hierzu bekannt, daß neue Tarifverhandlungen für die Reichsarbeiter im Gange seien, wonach eine Erhöhung der Löhne unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage in Aussicht genommen ist. Eigenartig war vor allen Dingen die Stellung der Deutschen Volkspartei. Im Sozialpolitischen Ausschuß weigerte sie sich, den Antrag der Regierungsparteien auf Einbeziehung der wirtschaftlich Bedrängten zu unterstützen. Sie erklärte, daß sie wegen der Erwerbslosen nicht in der Lage seien, sich an der Aktion zu beteiligen. Trotz dieser ablehnenden Haltung beantragte ein Vertreter der Deutschen Volkspartei die Ausdehnung der Weihnachtsbeihilfe für die Sozialrentner auch auf die Rentner aus der Knappschafts- und Angestelltenversicherung. Die Haltung dieser Regierungspartei war umso befremdender, als zur gleichen Zeit eine Einigung der Regierungsparteien im Haushaltsausschuß erfolgt war.

Die Beratungen wurden am Nachmittag im Haushaltsausschuß fortgesetzt. Trotz der am Vormittag erfolgten Einigung stellte nunmehr der Vertreter der Volkspartei auch im Haushaltsausschuß erneut den Antrag auf Ausdehnung der Unterstützung auf die Rentner aus der Knappschafts- und Angestelltenversicherung. Nachdem von den anderen Parteien demgegenüber darauf hingewiesen wurde, daß bei einem solchen Verhalten einer Regierungspartei eine vernünftige Politik überhaupt nicht mehr möglich sei, zog der Vertreter der Deutschen Volkspartei seinen Antrag wieder zurück. Bei den Rentnern aus der Knappschafts- und Angestelltenversicherung liegen die Dinge anders als bei den übrigen Gruppen. Einmal ist die Notlage nicht so groß und zum anderen beruht für die Knappschafts- und Angestelltenversicherung die gesetzliche Grundlage auf der Selbstverwaltung; Reichsmittel sind hierfür noch nie in Anspruch genommen worden.

Bei der bevorstehenden Beratung im Plenum wird das Zentrum im Interesse der Beamtenschaft und im Interesse der Unterstützungsbedürftigen an seinem Antrag festhalten. Angesichts der Erklärung der Reichsregierung, daß die Anträge des Zentrums die äußerste Grenze des finanziell Erträglichen darstellen, hofft das Zentrum, daß nicht durch weitergehende Anträge die Hilfsaktion überhaupt gefährdet wird.

★

Der Wortlaut des Reichsgesetzes über die Weihnachtszulagen der Beamten ist folgender:

„Als einmalige Notmaßnahme wird noch vor Weihnachten gezahlt:

I. den Beamten, Wartegeld- und Ruhegehaltsempfängern, Beamtenhinterbliebenen und Angestellten der Gruppe I—IV eine Zuwendung in Höhe von einem Viertel des ihnen für Dezember 1926 zustehenden Monatsbezugs, den Beamten usw. der Gruppen V bis XII eine solche in Höhe von einem Fünftel des Monatsbezuges,

mindestens aber

a) den Ledigen 30 Reichsmark,
b) den Empfängern eines Frauenzuschlags 50 Reichsmal statt 30 Reichsmark,
c) den Empfängern von Kinderzuschlägen oder Kinderbeihilfen (auch gekürzten) für jedes Kind, für das für Dezember 1926 ein Kinderzuschlag oder eine Kinderbeihilfe zahlbar ist, außerdem je 5 Reichsmark,
d) den Vollwaisen insgesamt 10 Reichsmark,

höchstens jedoch

1. den Ledigen 60 Reichsmark,
2. den Empfängern eines Frauenzuschlags 80 Reichsmark statt 30 Reichsmark.
3. den Empfängern von Kinderzuschlägen oder Kinderbeihilfen (auch gekürzten) für jedes Kind, für das für Dezember 1926 ein Kinderzuschlag oder eine Kinderbeihilfe zahlbar ist, außerdem je 5 Reichsmark,
4. den Vollwaisen insgesamt 15 Reichsmark.

II. den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ein Viertel der ihnen für Dezember 1926 zustehenden Beträge. Die Kosten dieser Maßnahmen betragen für die Beamten usw. der Reichshoheitsverwaltung einschließlich der sich ergebenden Folgerungen für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen 41 Millionen Reichsmark."

Da nunmehr die Einzelstaaten, die Reichsbahn, die Reichspost und die Gemeinden ähnliche Beschlüsse fassen müssen, beträgt die Gesamtsumme für diese Weihnachtszulage im ganzen rund 150 Millionen Mark."

Deutsches Reich.

Wiederherstellung des Abgeordneten Herold.

:: Berlin, 13. Dez. Der Zustand des Landtagsabgeordneten Herold hat sich soweit gebessert, daß der Erkrankte hofft, bereits am Mittwoch wieder an den Parlamentsverhandlungen teilnehmen zu können.

Die deutsche Beteiligung an der Brüsseler Ausstellung.

:: Berlin, 13. Dez. Die belgische Regierung hat mitgeteilt, daß die deutschen Aussteller an der für Februar in Brüssel geplanten Ausstellung unter völlig gleichen Bedingungen wie die anderen Aussteller teilnehmen können. Die Anmeldefristen sind verlängert worden. Ueber die Zulassung deutscher Aussteller zu der im Januar geplanten Pariser Ausstellung schweben noch Verhandlungen.

Besuch Dr. Stresemanns in Hamburg.

△ Hamburg, 13. Dez. Für den Besuch des Reichsministers Dr. Stresemann in Hamburg ist nunmehr der 20. Dezember vorgesehen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die neue finnische Regierung.

:: Helsingfors, 13. Dez. Die neue Regierung Tanner, die ausschließlich aus Sozialdemokraten besteht, ist heute ernannt worden.

Die strategische Verstärkung der französischen Südost-Grenze.

△ Paris, 13. Dez. Nach einer Meldung des „Matin" aus Nancy werden zur strategischen Verstärkung der Südost-Grenze zwei Bataillone Jäger zu Fuß, die in Lothringen stationiert waren, in Alpenjäger-Bataillone umgewandelt und in das Departement Alpes Maritimes verlegt werden.

Der Kaiser von Japan im Sterben.

⊠ Paris, 13. Dez. Nach einer Havasmeldung aus Tokio ist nach dem letzten Bericht über das Befinden des Kaisers von Japan Kräfteverfall eingetreten.

Vermischte Nachrichten.

Ein Auto-Rohling.

▲ Weimar, 13. Dez. Ein Auto, das die Weimar-Erfurter Landstraße in rasender Fahrt dahineilte, überfuhr unweit des Dorfes Möchen-Holzhausen die auf der linken Straßenseite gehende Frau eines Milchhändlers. Ihr wurde die Schädeldecke zertrümmert und ein Bein abgefahren. Der Kraftwagenführer legte die sterbende Frau in den Straßengraben und suchte dann das Weite. Er entkam unerkannt. Der Ehemann der unglücklichen Frau, der ein Stück Weges hinter ihr daher kam, fand sie in ihrem Blut liegend. Sie ist inzwischen im Erfurter Krankenhaus ihren schweren Verletzungen erlegen.

Die Einbrecher von Andech.

⊠ München, 13. Dez. Den beiden in das Gerichtsgefängnis nach München eingelieferten Kirchenräubern Rabus und Kokornjak, die unter anderen auch einen Einbruch in die berühmte Wallfahrtskirche in Andech verübten, konnten weitere Einbrüche und Diebstähle in Halberstadt nachgewiesen werden, wo sie Gebrauchsgegenstände von über 50 000 Mark stahlen.

Jean Richepin †.

⊠ Paris, 12. Dez. Der Dichter und Dramatiker Jean Richepin, Mitglied der Akademie, ist heute plötzlich an den Folgen einer Influenza im Alter von 77 Jahren gestorben.

19 Tote bei einem Explosionsunglück.

△ Paris, 13. Dez. Nach einer Meldung aus Nizza ist in St. Auban bei Digne ein Behälter mit 25 000 Kilo Chlor explodiert. Bisher wurden 19 Tote und mehr als 30 Verletzte gezählt. Unter den Toten befindet sich auch ein Ingenieur.

Theaterbrand in Bordeaux.

⊠ Bordeaux, 13. Dez. Heute nachmittag brach während einer Vorstellung in dem Vaudeville-Theater Cecka auf der Bühne ein Brand aus. Es entstand eine Panik. 11 Personen wurden verletzt, davon 4 schwer. Die Feuerwehr wurde nach drei Stunden des Brandes Herr. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

Bluttat im Gebäude der spanischen Lotterieverwaltung.

:: Madrid, 13. Dez. Heute nachmittag drang ein Unbekannter in das Gebäude der Lotterieverwaltung ein, versetzte dem Verwalter der Lotterie einen Dolchstoß und versuchte, das in der Kasse befindliche Geld zu rauben. Trotz seiner schweren Verwundung ergriff der Verwalter einen Revolver und feuerte auf den Verbrecher, der getötet wurde. Der Verwalter liegt im Sterben.

Meuterei auf einem französischen Dampfer.

△ Budapest, 13. Dez. Wie die Blätter melden, meuterten auf dem am Sonnabend eingetroffenen Dampfer „Pasteur" am Sonntag, von zwei rumänischen Kameraden aufgewiegelt, die Matrosen. Der Kapitän ersuchte die Budapester Polizei um Hilfe. Die beiden Rädelsführer wurden abgeführt, worauf sich die übrigen Matrosen beruhigten. Der „Pasteur" hat heute den Budapester Hafen verlassen.

Die Buschbrände in Australien.

⊠ Sydney, 13. Dez. Die Buschbrände in Neu-Südwales sind zum größten Teil eingedämmt. Der Schaden beträgt Millionen Pfund Sterling. Soweit bisher bekannt, hat ein Mann den Tod gefunden, zwei werden vermißt.

Die Unfälle im Bergbau.

Preußischer Landtag.

● Berlin, 13. Dezember.

Auf der Tagesordnung stehen Anträge und Anfragen bergbaulicher Art.

Abg. Osterroth (Soz.) berichtet für den Handelsausschuß zunächst über einen sozialdemokratischen Antrag zu dem Grubenunglück auf der Zeche Oberhausen, der das Staatsministerium ersucht, die bestehenden bergpolizeilichen Verordnungen zwecks größerer Sicherheit bei Seilfahrten zu ergänzen. Der Handelsausschuß empfiehlt, diesen Antrag den Hauptausschuß zu überweisen.

Abg. Otter (Soz.) begründet eine sozialdemokratische große Anfrage, die Auskunft verlangt, ob die Regierung bereit sei, ein bestimmtes Verbot der Ueber- und Nachtschichten zu erlassen. Die starke Steigerung der Unfälle im Oberbergamtsbezirk Dortmund sei ein Beweis dafür, wie durch die Ueberanstrengungen die Bergarbeiter beeinträchtigt würden. Das Bergwerksunternehmertum an der Ruhr sei als das brutalste der ganzen Welt bekannt.

Eine weitere große Anfrage der Sozialdemokraten fragt, was das Staatsministerium zur Verhütung von Bergwerkskatastrophen zu tun gedenkt. Schließlich begründet der Redner einen Antrag, „das Verfahren von Ueber- und Nebenschichten im Bergbau auf dem Verordnungswege zu verhüten". Dieses Verbot sei für die Grubensicherheit unbedingt notwendig.

Abg. Harsch (Z.) verweist in der Begründung der Zentrumsinterpellation auf die erhebliche Steigerung der Unfallziffer im Ruhrbergbau. Es entfielen auf das dritte Vierteljahr 1926 21 789 Gesamtunfälle und 1 209 tötliche. Den neuen Abbaumethoden müßte erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Abg. Sobotka (Komm.) begründet kommunistische Anträge über die Vermehrung der Unfälle im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die Vermehrung der Unfälle sei zurückzuführen auf die verschärften Rationalisierungs- und Ausbeutungsmethoden.

Abg. Hartmann (Dem.) empfiehlt den demokratischen Antrag zur Annahme, daß der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Ausstellungsgegenstände verbessern zu können, die der Unfallverhütung, insbesondere im Bergbau, dienen sollen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, es werde geprüft, ob die Vermehrung der Unfälle in einem Uebermaß von Ueberschichten und Nebenschichten zu suchen sei. Sollte das festgestellt werden, so werde die Staatsregierung einschreiten. Zu einem generellen Verbot des Ueberschichtenwesens könnte sie sich nicht entschließen.

Ministerialdirektor Dr. Hatzfeld äußert sich dann über die Schlagwetterexplosion auf der Zeche de Wendel. Wahrscheinlich sei die Explosion durch einen Grubenbrand eingeleitet worden. Verstöße gegen bergpolizeiliche Vorschriften seien nicht nachzuweisen. Ebenso könnte nicht ein ursächlicher Zusammenhang der Katastrophe mit dem Ueberschichtenwesen festgestellt werden.

In der Besprechung der großen Anfragen erklärt

Abg. Dr. Waldthausen (D. N.), es müsse gründlich geprüft werden, ob die Bergwerkskatastrophen mit Ueber- und Nebenschichtenverfahren im Zusammenhang stehen. Eine Kohlenknappheit sei zum großen Teil auch darauf zurückzuführen, daß wir eine erfreuliche Ankurbelung unserer Wirtschaft überhaupt zu verzeichnen hätten. Von einem Zwang der Bergarbeiter, Ueberschichten zu verfahren, könne keine Rede sein. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter leisteten auch gerne Ueberschichten.

Abg. Dr. Pinkerneil (Dvp.) erklärt, wir sollten es den Verhandlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer überlassen, wie die Ueberstunden geregelt werden sollen. England wird jetzt in einen scharfen Kampf um die Absatzmärkte eintreten. Es ist darum notwendig, eine Sozialpolitik der Vernunft und nicht der leeren Agitation zu treiben. (Beifall rechts.)

Abg. Jakobs (Soz.) wirft den Zechenverwaltungen vor, daß sie durch ihr erzwungenes Ueber- und Nebenschichtenwesen ein großes Arbeitslosenheer schaffen wollten, um dann geringe Löhne zahlen zu können.

Abg. Hartmann (Dem.) betont die direkte Verständigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern über die Ueberschichten sei grundsätzlich zu begrüßen, doch hätten die Arbeitgeber bereits einmal eine solche Besprechung abgelehnt. (Hört! Hört! links). Vor allem müßten auch die Betriebsräte die ihnen nach dem Gesetz zustehenden Rechte endlich erhalten, dann würde für die Unfallverhütung im Bergbau schon viel getan sein. (Beifall links.)

Abg. Sobottka (Komm.) erklärt, die Kommunisten würden dem sozialdemokratischen Antrag auf Verbot der Ueberstunden zustimmen.

Damit schließt die Aussprache. Der größte Teil der Gegenstände wird der Ausschußberatung überwiesen. Der Antrag Leid (Soz.) über das Verbot von Ueber- und Nebenschichten wird angenommen.

Dienstag 11 Uhr erste Beratung des Etats.

Schluß ¾6 Uhr.

Die Wiederaufnahme des Falles Fechenbach.

:: Leipzig, 13. Dez. Nachdem das Reichsgericht unter Aufhebung des ablehnenden Beschlusses der ersten Ratskammer des Landgerichts München die Wiederaufnahme des Verfahrens im Falle Fechenbach für zulässig und begründet erklärt hat, ist dem „Vorwärts" zufolge beim fünften Strafsenat des Reichsgerichts ein Antrag des Oberreichsanwalts eingegangen, das Urteil des Volksgerichtes vom 20. Oktober 1922 nebst der ausgesprochenen Gesamtstrafe insoweit aufzuheben, als der Angeklagte Fechenbach wegen vollendeten Landesverrats zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, und das Verfahren auf Kosten der bayrischen Staatskasse einzustellen.

Wie das Blatt weiter erfährt, hat sich der Verteidiger Fechenbachs, Rechtsanwalt Dr. Hirschberg-München, dem Antrag des Oberreichsanwalts angeschlossen und zugleich beantragt, die Verurteilung zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre gleichfalls aufzuheben. Es ist dem Blatt zufolge zu erwarten, daß der fünfte Strafsenat des Reichsgerichts in allernächster Zeit ohne Hauptverhandlung das Urteil aufheben und das Verfahren einstellen wird.

Die Anklage gegen Roucier und die deutschen Beschuldigten.

△ Landau, 13. Dezember.

Nachdem den Angeklagten im Roucierprozeß die Ladung nunmehr zugestellt ist, kann über die Anklage gegen Unterleutnant Roucier und die deutschen Beschuldigten folgendes mitgeteilt werden: Die Ladung beginnt mit der Anklage gegen den Unterleutnant der Reserve August Roucier vom 311 Artillerieregiment. Roucier wird angeklagt, 1. weil er am 24. September 1926 in Germersheim persönlich einen Totschlag an der Person des deutschen Staatsangehörigen Ernst Müller verübt hat. 2. Wegen vorsätzlicher Gewalttätigkeit an der Person des deutschen Staatsangehörigen F. Matthes durch Abgabe eines Schusses auf ihn, der ihn ins Gesicht traf, sodaß die Verletzung eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 20 Tagen verursachte 3. Wegen vorsätzlicher Gewalttätigkeit an der Person des deutschen Staatsangehörigen Richard Holzmann durch Abgabe eines Schusses auf ihn, der ihn ins Gesicht traf. Bemerkenswert ist in dem Bericht des französischen Staatsanwaltes, daß der Begriff der Notwehr bei mit der Reitpeitsche geschlagene und durch einen Schuß verletzte Arbeiter Richard Holzmann, weil er am 27. September 1926 gegen 1 Uhr nachts an einer abgelegenen Stelle in Germersheim eine beleidigende Haltung gegenüber dem Unterleutnant der Reserve Roucier eingenommen hat, indem er auf ihn zuging und der Anklage gegen Roucier nicht mehr aufrechterhalten wurde.

Ferner ist angeklagt der von Roucier am Ludwigstor ihn in herausfordernder Art ansah, sodaß dieser Offizier glauben konnte, er würde das Opfer eines Angriffes werden

Ferner ist Anklage erhoben gegen den von Leutnant Roucier durch einen Kopfschuß schwer verletzten und noch nicht wiederhergestellten Landwirt Matthes von Germersheim, weil er am 27. September auf dem Kirchplatz in Germersheim gegen 1 Uhr nachts mit dem Spazierstock eine Haltung gegenüber Roucier angenommen hat, die keinerlei Zweifel über seine Absichten lassen konnte, an diesem Offizier Gewalttätigkeiten zu verüben und weil er zu gleicher Zeit und am selben Ort eine beleidigende Haltung gegenüber dem Unterleutnant Roucier eingenommen hat, indem er ihn in einer Straße verfolgte und mit seinem Spazierstock bedrohte, trotz Warnungen des Offiziers, der ihn aufforderte, stehen zu bleiben und Platz zu machen. Wie wir hören, ist Matthes, der sich zurzeit im Akademischen Krankenhaus in Heidelberg befindet, weder transport- noch vernehmungsfähig und wird an der Verhandlung nicht teilnehmen können. Holzmann ist bekanntlich nach zweimonatiger Haft aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Bei Heinrich Fechter wird die Haft nur deshalb aufrecht erhalten, weil die Anklage behauptete, daß auch er in die Schlägerei vor der Wirtschaft „Zum Engel" verwickelt sei, die an sich sich mit dem Fall Roucier nichts zu tun hat. Der Vorgang steht mit dem Fall Roucier in keinem sachlichen und räumlichen Zusammenhang.

Außerdem hat die französische Anklage einen im August auf dem Kirchwege in Sobernheim zwischen jungen Burschen und einem französischen Unteroffizier entstandenen Zwischenfall in diese Verhandlung hereingebracht, weil Matthes an diesem Vorfall mit beteiligt gewesen sein soll. Der Vorfall ist seinerzeit von den französischen Beteiligten bezeichnenderweise nicht angezeigt worden. Wegen dieser Wirtshausszene sind angeklagt außer Matthes, Heinrich Fechter und Kegl, sowie die abwesenden Kögler und Arbegas.

Die Verteidigung liegt in den Händen von Rechtsanwalt Dr. Grimm-Essen und Dr Fuehr-Frankfurt a. M. Die Verteidigung hat ihrerseits eine Reihe von früheren Vorfällen zur Erörterung gestellt, in denen Roucier Deutsche mißhandelt, herausgefordert und beleidigt hat und die zur Kennzeichnung der Persönlichkeit Rouciers dienen, so insbesondere den Fall des jugendlichen Lehrlings Willi Klein, der von Roucier vor dem Postamt mit der Reitpeitsche mißhandelt wurde.

Die Verhandlung findet voraussichtlich im Kasino der ehemaligen 18. Kaserne an der Weißenburgischen Straße statt und beginnt am Freitag vormittag 9 Uhr.

Italien und Bulgarien.

Von unserem bulgarischen Mitarbeiter.

× Sofia, 12. Dezember.

Daß Italien gegenwärtig gewaltige Anstrengungen macht, um auch in Bulgarien Wurzel zu fassen, wurde in der letzten Zeit schon des öfteren hervorgehoben. Nach den beachtenswerten Folgen, welche der Abschluß des italienisch-albanischen Freundschaftsvertrages bisher schon gezeitigt hat, ist es notwendig, sich mit den italienisch-bulgarischen Beziehungen näher zu befassen, denn aller Voraussicht nach wird der italienische Imperialismus die nächste Balkanschlacht auf bulgarischem Boden ausfechten, wenn auch einstweilen nur mit diplomatischen Waffen. Nachdem Rumänien als Verbündeter Italiens gewonnen ist, Griechenland die von Pangalos geknüpften Fäden nicht zu zerreißen wagt und Albanien sich unter die Fittiche des römischen Adlers begibt, trachtet Italien nun, auch einen reinslawischen Staat an sich zu ziehen, um auf diese Weise die Bildung einer slawischen Vormachtstellung auf dem Balkan ein für allemal zu hintertreiben.

Die proitalienisch-faschistische Propaganda in Bulgarien bewegt und betätigt sich konzentrisch in drei Richtungen: politisch, kulturell und wirtschaftlich. In politischer Hinsicht wird diese Propaganda dadurch wesentlich gefördert, daß die jetzigen bulgarischen Machthaber und ihr Anhang für den Faschismus seine Methoden und sein Wesen viel Verständnis und Zuneigung haben. Als vor einigen Monaten der italienische Abgeordnete Bastianini, ein Intimus Mussolinis, der als künftiger Kolonialminister genannt wird, in Sofia war, haben seine Ausführungen über den Faschismus, die er in einer großen Versammlung zum Besten gab, große Beachtung und Beifall gefunden. Kurz darauf wurde der italienische Gesandte Sabino Rinella aus Sofia abberufen und in Pension geschickt, weil er den Faschisten zu wenig draufgängerisch war. Sein Nachfolger, der ehemalige Gesandte in Reval, Piacentino, verkündet das faschistische Credo mit mehr Nachdruck. In Sofia wurde eine faschistische Zentrale gegründet, die in Rutschuk, Plovdiv, Varna und Burgas Zweigstellen besitzt. Ein italienisches Wochenblatt „La Voce d'Italia" sowie verschiedene Zeitschriften und Broschüren verbreiten die faschistische Heilslehre. Außerdem besteht in Sofia eine bulgarisch-italienische Liga, an deren Spitze der bulgarische Finanzminister Mollow steht. Mollow galt früher als deutschfreundlich. Er hat in seiner Jugend in Italien studiert und gilt derzeit als der eifrigste Förderer der italienisch-bulgarischen Annäherung. Mollow wird es zugeschrieben, daß es gelungen sei, Mussolini dazu zu bestimmen, seinen Widerstand gegen die Flüchtlingsanleihe des Völkerbundes aufzugeben, allerdings erst dann, nachdem Bulgarien darauf verzichtet hat, eine Bahnlinie zur griechischen Grenze zu bauen, welche Griechenland nicht genehm war.

An einen formellen italienisch-bulgarischen Bündnisvertrag wird in Sofia nicht geglaubt, weil ein solcher sich unmittelbar und offen gegen die Türkei und Jugoslawien richten würde. Aber auch ohne schriftliche Abmachungen kann man bei jeder Gelegenheit bemerken, daß gegenwärtig von allen Großmächten Italien in Sofia den stärksten Einfluß besitzt. England, das sich vor einigen Monaten bedeutende wirtschaftliche Konzessionen in Bulgarien gesichert hat, überläßt es Italien, sich auf politischem Gebiete Lorbeeren zu erwerben. Jedenfalls wurde Frankreich in den letzten Monaten ganz in den Hintergrund gedrängt, schon wegen seines Einflusses in Belgrad.

Aber auch auf kulturellem Gebiete gewinnt Italien auf Kosten Frankreichs immer mehr an Terrain. Die von französischen Kongregationen in Bulgarien gegründeten und geleiteten Volks- und Mittelschulen und Internate für Knaben und Mädchen erfreuen sich zwar noch immer eines starken Zuspruches seitens der bulgarischen Bevölkerung, aber allmählich erwächst ihnen eine wirksame italienische Konkurrenz. Italienische Volks- und Mittelschulen befinden sich bereits in Sofia und Philippopel. Gegenwärtig wird in Sofia ein großes italienisches Heim errichtet, daneben auch ein achtklassiges Gymnasium mit Internat. Die italienische Regierung hat zwanzig bulgarische Studenten zur Absolvierung ihrer Studien an italienischen Hochschulen Stipendien gewährt und der Fascio degli Esteri (die Auslandssektion der faschistischen Partei) in Rom plant große propagandistische Veranstaltungen, wie Opern und Theatervorstellungen, ferner aber auch Bibliotheken, Ausstellungen, Konferenzen, Sprachkurse und dergleichen mehr.

Wirtschaftlich spielt Italien auf dem bulgarischen Handelsmarkt sowohl als Käufer, wie auch als Verkäufer eine große Rolle. Die Gesamtproduktion der bulgarischen Seidenzucht wird von Italien aufgekauft. Die große bulgarische Tabakfirma „Orientalbaco" steht jetzt unter italienischem Einflusse und die italienische Tabakregie bezieht ungeheure Mengen von Tabak aus Bulgarien. Italien liefert jetzt hauptsächlich auf Kosten Englands, Deutschlands und Oesterreichs Textilwaren nach Bulgarien, aber auch Automobile, Reis, Oel, Kaffee und Südfrüchte. Im Bankwesen nimmt die Banca Commerciale Italiana e Bulgara, eine Zweigstelle der Banca Commerciale Italiana in Mailand eine hervorragende Stellung ein. Vizepräsident des Verwaltungsrates ist wieder Finanzminister Mollow.

Die bevorstehende Neuorientierung der jugoslawischen Außenpolitik infolge der Niederlage Dr. Nintschitschs in Albanien wird ganz besonders ihr Interesse den Beziehungen zu Bulgarien zuwenden. Da sowohl in Bulgarien, als auch in Jugoslawien starke Kräfte für eine möglichst enge Annäherung der beiden Staaten tätig sind, erwartet man die Aufrollung einer Reihe wichtiger Fragen, welche die beiden slawischen Balkanstaaten in erster Linie berühren. Jedenfalls scheint Jugoslawien entschlossen, der italienischen Balkanpolitik in Sofia eine Entscheidungsschlacht zu liefern.

Eine revolutionäre Massenversammlung in Hankau.

⊠ London, 13. Dez. „Times" berichtet aus Hankau über eine große Massenversammlung zur Begrüßung des bolschewistischen Ratgebers der Kantonregierung, General Borodin, die am Sonnabend stattfand. Nach der chinesischen Presse sollen 300 000 Personen teilgenommen haben. Der Minister des Aeußeren der Kantonregierung, die Frau und der Sohn Sun-Yat Sens und die führenden nationalistischen Minister waren anwesend. Es wurden im ganzen 33 Reden gehalten, die im wesentlichen zur Unterstützung der Nationalisten bei der Durchführung der Sowjetpolitik in ganz China aufforderten. Borodin erklärte, die Revolution sei halb geglückt, es fehle noch, das ganze Land unter einer bolschewistischen Regierung zu vereinigen. Die Unterstützung der Arbeiter werde es der Regierung ermöglichen, die eindeutigen Verträge zu beseitigen, die Schuld an der chinesischen Armut seien. „Times" stellt fest, daß 28 der gehaltenen Reden ausgesprochen englandfeindlich waren.

Ein Tunnel unter der Straße von Gibraltar.

Spanische Eisenbahnpläne zur Verbindung Spaniens mit Afrika.

Der Gedanke, einen Tunnel unter der Meerenge von Gibraltar zu graben, um das spanische Eisenbahnnetz mit jenem Nordafrikas zu verbinden, ist schon zu wiederholten Malen aufgetaucht. Die Ausführung des Projekts war jedoch bisher schon deshalb unmöglich, weil in jenem Teil Marokkos, der unter spanischem Einfluß steht, bis vor nicht allzu langer Zeit höchst unsichere politische Verhältnisse herrschten. Besondere technische Schwierigkeiten für den Bau des Tunnels, der nur sechzehn Kilometer lang zu sein braucht, sind nicht vorhanden. Nunmehr sind die Tunnelpläne im Zusammenhang mit verschiedenen Eisenbahnprojekten in Nordafrika wieder hervorgeholt worden.

Es besteht die Absicht von dem Tunnelausgang in Afrika angefangen quer durch Nordafrika bis Dakar eine Linie zu bauen. Die Herstellung dieser Strecke ist nicht so leicht wie der Bau des Tunnels; denn soll die Linie einen Wert haben, dann müssen durch den Tunnel Gleise von gleicher Spurweite wie jene der spanischen Eisenbahnen, die sehr breit sind, gelegt werden; sonst können die Wagen nicht direkt durchfahren. Der König von Spanien soll sich für das Projekt stark interessieren, und die spanische Regierung hat ihr ganzes Augenmerk auf die Sache gerichtet. Mit einiger Besorgnis werden in Spanien die französischen Pläne für die Anlage einer Eisenbahn quer durch die Sahara verfolgt. Man fürchtet, daß diese französische Linie die spanischen Interessen in Marokko schädigen werde. Wenn einmal eine Linie Oran mit der Westküste Afrikas verbindet, die nicht allein die Dauer der Reise nach großen Teilen Afrikas, sondern auch nach Südamerika verkürzen wird, dann könnte es Spanien geschehen, so sagt man sich in Madrid, daß es vom Weltverkehr ausgeschlossen wird. Die spanische Presse dringt daher darauf, den Bau des Gibraltartunnels und der Eisenbahnlinie von Gibraltar nach Dakar schleunigst zu beschließen, um den Franzosen zuvorzukommen.

Durchgerungen.

Roman.

Von Prigge Brook.

28) (Nachdr. verb.)

„Ich bitte dich, wie sollte ich auf den Gedanken kommen? Obschon ich mir oft Sorgen machte deinetwegen. Du warst unberechenbar."

„Und?" fragte sie, als er einen Augenblick schwieg.

„Und hättest Pech haben können. Denke nur, wenn du an Stelle deines Mannes, den dir zu loben sich nicht schicken würde, einen anderen gefunden, der dir zwar bot, was du suchest, einzig und allein zu suchen ausgingst, sich hinterher aber als Parvenü entpuppt hätte! Wenn nicht noch Schlimmeres!"

„Für so kurzsichtig hast du mich gehalten, lieber Freund? Das ahnte ich nicht. Ich hätte deinen Gemütszustand sonst berücksichtigt und dir meine Vermählungsanzeige zugesandt."

„Spotte nur, böse Vera; darin warst du immer groß. Du hast gut lachen, nachdem du fandest, was du suchtest, und mehr dazu."

„Wer sagt dir, daß ich das fand?" unterbrach sie brüsk. Sie konnte nicht anders.

Der Legationsrat blieb plötzlich stehen. In der Dunkelheit unterschied er kaum Veras Gesicht. „Wie soll ich das verstehen?" fragte er ärgerlich.

„Wie's gemeint ist. Ich habe nicht gefunden."

„Das ist nicht wahr." Rosen vergaß sich im Aerger über ihr unberechenbares Wesen. Machte es ihr denn Freude, ihn zu beunruhigen?

„Du bist sehr höflich geworden, lieber Fred, aber das macht nichts. Unter Jugendgespielen nimmt man's nicht so genau. Tatsache ist, daß ich Reichtum suchte und ein bescheidenes Los gefunden habe. Dafür aber auch einen guten Mann."

„Aber die Millionen der Thalberg, man sprach mir davon", erwiderte er unruhig. „Man kann doch nicht ganze Geschichten aus den Fingern saugen."

„Ist auch nicht geschehen. Die Millionen, von denen du gehört hast, besitzt unsere Tochter. Ernsts Kind aus erster Ehe, die kleine Lucy. Du sahst sie heute. Mein Mann besitzt nichts."

„Und das hast du gewußt?"

Einen Moment verspürte die schöne Frau die größte Lust, ja zu sagen, im zweiten siegte ihre Ehrlichkeit. „Nein," antwortete sie einfach. „Sonst hätte ich Ernst nie genommen."

„Hast du ihn denn nicht lieb? Vera, arme Vera!" Der Legationsrat geriet außer sich. „Wie hast du dich so täuschen können! Hattest du keinen, der dich beriet?"

„Lassen wir das, Fred. Bedauere mich nicht. Das ist unnötig. Ernst trifft keine Schuld. Er handelte von Anfang bis zu Ende als Gentleman. Wenn ich mich irrte, ist's meine Schuld. Ich muß sie tragen. Es ist auch nicht so schwer, seit ich Helmut habe. Nur daß ich immer zwischen den Kindern vergleichen muß. Sie sind doch Geschwister. Und eins so reich, während das andere nichts hat!" Sie schluchzte.

Vera ahnte nicht, daß sie mit diesen Worten dem Manne ihren Seelenzustand enthüllte. Alfred tat einen Blick in das Gewebe von Antipathie und Neid, das ihre Seele verdarb. Sie dauerte ihn namenlos; mehr noch das unschuldige Kind.

Vor ihm stand der Rechtsanwalt mit seiner Dame still. Die Rosens waren am Ziel.

„Wir reden einandermal darüber. Morgen. Für heute habe Dank für dein Vertrauen. Darf ich zuweilen deine Kinder sehen und Vetternrecht geltend machen?"

„So oft du willst," erwiderte sie aufrichtig. Die Aussprache hatte ihr wohlgetan. Von Frau Mary verabschiedete sie sich förmlicher, ihr Mann zog deren Hand an seine Lippen. „Auf Wiedersehen, gnädige Frau!"

„Vergessen Sie ihr Versprechen nicht!" rief sie ihm zu.

„Was hast du ihr versprochen?" fragte Vera gleichgültig.

„Frau von Rosen hat um Lucys Besuch. Sie ist so freundlich, sich für das Kind zu interessieren, und bat, daß ich sie ihr schicken solle. Worauf ich ihr erzählte, daß unsere Kinder jeden Morgen im Kurgarten spazieren gehen, sie wird sie morgen dort aufsuchen."

„Helmut ist noch zu klein, ich lasse ihn nicht zu anderen," sagte Vera gereizt. Sie ärgerte sich immer, wenn ihr Mann von Lucy sprach.

„So lassen wir das Bübchen. Mach' das mit Frau Mary ab. Lucy soll jedenfalls zum Frühstück hin."

„Mir scheint, ihr schmiedet ein Komplott hinter meinem Rücken. Du verfügst ganz eigenmächtig über das Kind. Frau von Rosen hätte ich mehr Takt zugetraut, sie müßte die Mutter fragen."

„Vielleicht ahnte sie, daß die Mutter nicht viel für Lucy übrig hat," dachte der Rechtsanwalt, unterdrückte indes die Bemerkung. Er änderte doch nichts.

Von ihrem täglichen Spaziergang kam Berta aufgeregt heim. „Die Baronin ist aber gut," erzählte sie strahlend. „Wohl eine Stunde hat sie mit den Kindern im Sande gespielt. Kuchen gebacken, geschippt und Bubis Eimerchen getragen, der kleine Kerl hat laut gejauchzt vor Vergnügen. Schließlich hab' ich ihn mit List fortgebracht. Lucychen versteckte sich und wir gingen sie zu suchen. Darüber hab' ich ihn unbemerkt heimgebracht."

„Lucy war hoffentlich nicht unartig gegen die fremde Dame?"

„O nein! Gewiß nicht!"

„Wann sollen Sie sie abholen?"

„Um sechs Uhr fährt sie mit dem Wagen vor. Gnädige Frau holt die Herrschaften ab, weil sie ins Forsthaus fahren."

„Hat Lucy sich nicht gebangt?" fragte Vera neugierig, weil sie sonst scheu zu Fremden war.

„So was hab' ich noch nicht erlebt," antwortete die Alte redselig. „Rein wie ein Wunder. Vom ersten Augenblick an hat sich Luchychen der fremden Gnädigen auf den Schoß gesetzt und auf sie eingeredet, als wenn sie sie von klein auf kennte! All ihre Märchen hat sie ihr erzählt, die Geburtstagsverschen, und was der Bubi tut und treibt. Das Kind war wie ausgetauscht."

„Es ist gut," erwiderte Vera beschämt und setzte Helmut, der an ihr heraufgeklettert war, ab. Hoffentlich merkte Alfred nicht, wie sie zu dem Kinde stand. Sie schämte sich plötzlich. Verstimmt schritt sie die Stufen der Veranda hinauf.

Helmut war nachmittags ungezogen. Die kleine Schwester fehlte ihm. Berta war schon zum Spielen zu alt. Endlich verkündete die Uhr die sechste Stunde. Vera saß fertig angezogen auf ihrem Platz und wartete. Vom Garten her klang Bubis kräftige Stimme. Wagenrollen ließ sich vernehmen, draußen standen die Pferde. Alfred stieg aus und half seiner Frau; dann trug er das kleine Mädel auf seinem Arm in den Garten. Helmut stieß ein Freudengeheul aus. „Luz, mein Luz!" Er stürzte auf die Kleine zu und umklammerte sie mit seinen braunen Aermchen. „Bubi, süßer Bubi," hörte Vera das feine Kinderstimmchen, „hast du dich nach Luz gebangt?"

Bei Vera waren die Besucher schon eingetreten und hatten sie herzlich begrüßt. Vera erschien die Frau ihres Vetters heute um vieles liebenswürdiger, sie war jedenfalls sehr lebhaft und sprach in aufrichtigem Entzücken ihren Dank für Lucys Besuch aus.

„Hoffentlich erlauben Sie mir öfter Ihr süßes Töchterchen," setzte sie hinzu. „Sie haben ja den herzigen Buben und sind nicht einsam, auch wenn die kleine fehlt. Wir sind schon gute Freunde geworden. Ist's nicht so, Lucy?"

Das kleine Mädchen schmiegte sich an die neue Tante und sah mit seinen klaren Augen ohne Scheu zu ihr auf.

Vera verwunderte sich. „Auf die Eroberung dürfen Sie stolz sein," sagte sie lächelnd, „sie ist nicht leicht, Lucy schließt sich schwer an," fuhr sie, als die Kinder sich entfernt hatten, fort. „Sie ist scheu und verschlossen, sonst aber ein gutes Kind. Daß sie so schnell Zutrauen zu ihnen faßte, scheint mir ein Wunder. Sie lieben Kinder wohl sehr?"

Frau von Rosens Augen füllten sich mit Tränen. „Wie glücklich sind Sie, liebe Vera, gleich zwei dieser süßen, herzigen Geschöpfe die Ihrigen zu nennen! Was gäbe ich um dieses Glück!"

Sie brach ab und sah schuldbewußt auf ihren Mann, der eben wieder eintrat. Er hatte Helmut draußen reiten lassen. Im Nu stand er an ihrer Seite.

„Tränen, Mary, weshalb?" fragte er vorwurfsvoll. „Hast du mir nicht versprochen, glücklich zu sein?" Er ahnte, weshalb sie litt, und wollte sie trösten. „Vera wird dir ihr Töchterchen gewiß nicht zum zweitenmal leihen, wenn die Freude in Tränen endet."

Mary beherrschte sich. Vera ging ihren Mann rufen. Die vier bestiegen den Wagen und fuhren davon, während Lucy ihnen betrübt nachblickte.

Das kleine Mädchen verlebte vier herrliche Wochen. Täglich hielt der schöne Wagen vor der Tür, den Onkel Alfred gemietet hatte, und täglich durfte sie viele Stunden bei Tante Mary sein. Als höchsten Beweis verwandtschaftlicher Zuneigung forderte die junge, blasse Frau diesen Besuch des Kindes von Vera, die nicht den Mut fand, nein zu sagen. Im Grunde paßte ihr Marys fanatische Liebe für das fremde Kind nicht; denn nicht nur, daß Helmut mehr als ungnädig wurde und alle im Hause seine Unzufriedenheit fühlen ließ Vera selbst empfand Beschämung. Täglich mußte sie sich sagen lassen, daß Lucy ein Engel an selbstloser Güte, daß ein Herz, wie das ihre, ein Gottesgeschenk, sie eine beneidete Mutter sein müsse. Helmut kam dabei entschieden zu kurz. Zwar Onkel Albert erfreute sein derbfrisches Wesen, er schwenkte ihn jedesmal hoch in die Luft, bis dem kleinen Mann hören und Sehen verging. Dann aber gab er ihn schleunigst ab. Lucy liebte er. Seiner Frau konnte Vera das nachfühlen, sie war kinderlos und klammerte sich an das kleine Mädchen an, das ihrem liebebedürftigen Herzen mehr Verständnis entgegengebracht, als der quecksilberige Bube. Daß aber Alfred so treulos sein konnte, das fremde Kind ihrem eigenen vorzuziehen, das kränkte sie. Nie hatte sie Lucy weniger geliebt als in der Zeit, wenn sie es auch nicht zu zeigen wagte.

Der Rechtsanwalt schloß sich dem Legationsrat an und war oft und gern in seiner Gesellschaft. Vera, auch wen sie gewollt, hätte keinen Grund gehabt, zurückzubleiben; so saß sie allabendlich mit im Kreise, der sich im Kursaal, bei Endes oder in ihrer eigenen Häuslichkeit zusammenfand.

Empfehlenswerte Firmen von Gronau

FÜR WEIHNACHTSEINKÄUFE

Zum Weihnachtsfestn
biete ich an:
Puppen, sowie Ersatzteile in Perrücken Tollette und Manikürkästen, Geschenkpackungen, Parfümerien für jeden Geschmack und in jeder Preislage
Emil Kregeloh
Gronau i. W., Bahnhofstraße 35c

Denken Sie
beim Einkauf von Pelzwaren, Schirmen, Herrenhüten usw. an das ortsälteste, stets nur gediegene preiswerte Qualitäten in reichhaltigster Auswahl führende
Spezial-Geschäft von
Ww. Herm. Fontein
Gronau, Neustraße

Die Beschaffung schöner und praktischer Weihnachtsgeschenke
wird Ihnen erleichtert, wenn Sie mein reich sortiertes Lager in Beleuchtungskörpern und elektrischen Apparaten berücksichtigen
Solche finden Sie im Ausstellungsraum Lindenstraße 2
Ar. Roessink, Gronau

Photographie
Leo Fischbach
Gronau i. W., Eper Straße 13 (Concordia)
Aufnahmen jeder Art in und außer dem Hause
in sauberster geschmackvoller Ausführung
Vergrößerungen nach jedem Bilde
Ausführung aller Amateurarbeiten
Auswahl in Rahmen
Weihnachtsaufträge rechtzeitig erbeten!
Aufnahmen bis 7 Uhr abends, auch Sonntags

Wo kauft der feine Herr zu Weihnachten seine Oberhemden, Kragen, Binder usw.
?
Im Spezialgeschäft
S. GOTTSCHALK
Gronau, Bahnhofstraße
Weil er dort die beste Auswahl aller modernen Herrenartikel vorfindet

Zu Weihnachten
empfehle
Uhren- Gold- Silber- und Alpakka-Waren
Barometer — Thermometer
H. R. Costers, Gronau
Bahnhofstraße 35

Die schönste Festgabe
ist und bleibt eine
hübsche Handarbeit
Meine Weihnachts-Ausstellung, am 10. d. Mts. beginnend, birgt eine Fülle reizvoller Handarbeiten und Wäsche, worunter jeder etwas Passendes findet
Maria Wilmsen
Handarbeitshaus
Gronau

Praktische Geschenke
sowie Spielwaren und Christbaumschmuck finden Sie in großer Auswahl bei
Hemink & Knöpker, Gronau
Haus- und Küchengeräte
Ecke Bentheimer-Gildehauser-Straße

Empfehle
zu den Feiertagen
prima
Rind-, Kalb- und Schweinefleisch
sowie meine anerkannt
guten Wurstwaren
Gerh. Wiggers
Metzgerei
Gronau
Bahnhofstraße 15

Meine Festschlager:
Weinbr.-Verschnitt
gar. reiner Weinbrand
Jamaica-Rum-Verschn.
Doppelkorn
1 Liter 3.40 ½ Liter 1.80
Wilh. ten Dam
Gronau, am Rathaus

Gronaus Frauen können lachen:
Soegtrop backt die schönsten Sachen
Und bringt sie noch eins, zwei, drei
Auf Bestellung gern herbei.
Konr. Soegtrop
Gronau, Wallstraße 30

Empfehle als
passend. Weihnachtsgeschenke
Damen-Handtaschen
Aktentaschen
Tornister
Diwandecken
Tischdecken u. a.
W. Düpjohann
Gronau, Lindenstr. 7



Silberne Medaille

Halte mich für die
Weihnachtszeit
meinen werten Kunden
in sämtlichen
Backwaren
bestens empfohlen.
Spez.: Echt westf. Pumpernickel und Dresdener Christstollen
Dampfbäckerei
Heinrich Schlamann
Gronau i. W.



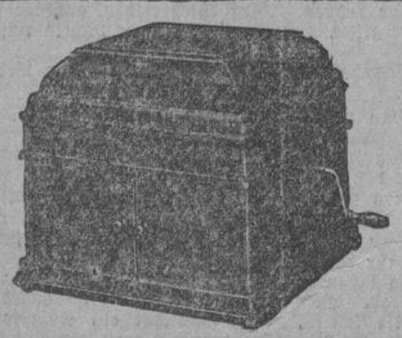
Coesfeld 1909



Preiskrönt



Charlottenburg 1911



Grammophons
und alle andern
Musikinstrumente
finden Sie in **Riesenauswahl** zu **niedrigsten Preisen** in bekannt guten Qualitäten im Musikhaus
D. Dragstra
Gronau, Tel. 324.

Aus dem Kreise Ahaus.

Ahaus, 14. Dezember.

÷ **Kreistagssitzung.** Der Landrat des Kreises Ahaus ladet zum Donnerstag, morgens 9 Uhr die Kreistagsmitglieder zu einer Sitzung im Kreishause ein. Die Tagesordnung ist aus dem Anzeigenteil zu ersehen.

= **Heute Stadtverordnetensitzung!** Heute abend 6½ Uhr findet im Sitzungssaale des Rathauses die Dezembersitzung des Stadtverordnetenkollegiums statt. Als 1. Punkt kommt der städtische Bebauungsplan zur Besprechung. Es kommt dann ein Kaufvertrag zur Sprache, worauf über die Vergebung von Bauarbeiten für das Achtreihenhaus verhandelt wird. Als 4. Punkt nennt die Tagesordnung die Einrichtung einer Konrektorstelle an der kath. Volksschule. Die Sitzung schließt mit der Regelung der Uebernahme von Bürgschaften bei Neubauten.

)(**Brieftaubenausstellung in Coesfeld.** Die 10. große Brieftaubenausstellung der Reisevereinigung Westf.—Nordwest (Sitz Coesfeld) im Saale des Arbeitervereinshauses war von Züchtern der Kreise Ahaus, Coesfeld und Borken außerordentlich gut mit Brieftauben beschickt. In 12 verschiedenen Klassen traten über 400 Brieftauben in scharfe Konkurrenz. Aus dem Kreise Ahaus erhielten folgende Züchter Preise: Klasse 3: Hinrichsen, Epe den 7. Preis; Klasse 4: B. Röhring, Legden den 1. und den 4. Preis. Hub. Wameling, Ahaus den 7. und in der 5. Klasse den 2. Preis; Klasse 5a Görmann, Epe den 3. Preis. Klasse 6: Hinrichsen, Epe den 9. und B. Röhring, Legden den 13. Preis; Klasse 6a: Gerwing, Ahaus den 8. Preis; Klasse 7 Heßling, Asbeck den 3., Görmann, Epe den 1. und Röttger-Alfert, Epe den 4. Preis.

▲ **Der Glöckner von Notre-Dame.** Wie uns mitgeteilt wird, beabsichtigt die Theaterabteilung des Motor- und Radfahrklubs „Schwalbe" Ahaus am Sonntag, den 19. Dez. das romantische Schauspiel „Der Glöckner von Notre-Dame" zum ersten Male auf der Burbaum'schen Bühne in Szene gehen zu lassen. Näheres im Anzeigenteil.

△ **Lichtbildervortrag des Ziegenzuchtvereins.** Am Donnerstag, abends 8 Uhr findet im Lokale Harpering eine Versammlung des Ziegenzuchtvereins statt. Nach Erledigung der Tagesordnung wird ein interessanter Lichtbildervortrag gehalten.

)(**Fortfall der Schonfrist bei Steuerzahlungen.** Wir weisen an dieser Stelle ganz besonders auf die Anzeige der Stadtkasse hin, wonach die Schonfrist für Grundvermögens- und Hauszinssteuer vom 1. Dez. 1926 in Fortfall kommt. Gleichzeitig treten von diesem Tage ab statt der bisherigen Verzugszuschläge nunmehr 10% Jahreszinsen für sämtliche verfallenen Staats- und Gemeindeabgaben hinzu.

= **Die nächste Mutterberatungsstunde** findet statt am Mittwoch, den 15. Dezember, nachmittags 4—6 Uhr im Rathaus.

★

Stadtlohn, 13. Dez. Westf. Pächter- und Kleinbauernbund. Am Mittwoch, den 15. Dezember, findet im Lokale Hesseling eine große Versammlung der Ortsgruppe statt, in der Dr. Niehus, Münster, sprechen wird. Jeder ist dazu freundlichst eingeladen. Der Vortrag beginnt pünktlich 7,30 Uhr abends.

Legden.

Legden, 13. Dez. Vom Spiel- und Sportverein 1911. D. J. K. Das angesagte Spiel der 1. Jugendmannschaft gegen die 1. Jugendmannschaft des F. C. „Pfeil", Billerbeck, konnte wegen Nichtantretens der Billerbecker nicht stattfinden.

))**Legden, 13. Dez. Erfolgreicher Züchter!** Herr Bernhard Röhring konnte auf der großen Brieftaubenausstellung in Coesfeld in der Klasse 4 (Alte Flieger, Vögel) den 1. und 4. Preis und in der Klasse 6 (Alte nicht gereiste Tiere, Vögel) den 13. Preis erringen. — Unseren Glückwunsch.

)) **Legden, 13. Dez. Die Jungg'sellen-Schützengesellschaft** veranstaltete in der vergangenen Woche in der Wirtschaft Dütscher ein Preisschießen, welches sich eines allgemeinen Besuches erfreuen konnte. Als Preisträger gingen folgende Herren hervor: 1. Frierling, Asbeck 34 Ringe, 2. u. 3. Dr. Wolfering und W. Schulz, Legden je 34 Ringe. 4. W. Droppelmann, Legden 33 Ringe, 5. Heinr. Overhoff, Legden 32 R, 6. Theo Niedecker, Legden 32 R., 7. Heinr. Hamm 32R., 8. Jos. Münstermann 32 R., 9. H. Timmer Asbeck 32 R., 10. Heinr. Overhoff 32 R.

)(**Legden, 12. Dez. Der Reiterverein für Legden und Umgegend** hielt am Sonntag nach dem Hochamt im Hotel Decker eine Versammlung ab. Der Vorsitzende Baron Antón von Oer eröffnete gegen 11,30 Uhr die Versammlung und ging dann zum Punkt 1 der Tagesordnung, Ueberreichung eines Geschenkes an den Reitlehrer, über. Im Namen des Reitervereins sprach er dem Reitlehrer Oberlandjäger Klause für seine Bemühungen und aufopfernde Tätigkeit im Verein seinen Dank aus und überreichte ihm als äußeres Zeichen der Dankbarkeit einen sehr schönen Rauchtisch mit Zubehör. Punkt 2 der Tagesordnung, Arbeitsprogramm für 1927, rief eine lebhafte Debatte hervor. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Prüfungskommission für Halbblutpferde in Westfalen beschlossen habe in Zukunft nur jährlich für jeden Kreis ein Turnier zu genehmigen und seiner die Kommission vorgeschlagen habe, daß sich die Reitervereine innerhalb eines Kreises zu einem Kreis-Verband zusammenschließen sollten. Von den beiden anderen Vereinen des Kreises Ahaus habe sich Schöppingen für diesen Vorschlag ausgesprochen, dagegen habe sich Ahaus die Entscheidung vorbehalten. In Anbetracht der mit diesem Vorschlag verbundenen Vorteile beschloß der Verein einstimmig den Vorschlag der Kommission anzunehmen. Dann teilte der Vorsitzende mit, daß in Dortmund anläßlich der großen Landwirtschaftlichen Ausstellung im Mai 1927 ein Turnier der ländlichen Reitervereine stattfände, die Bedingungen seien so gehalten, daß auch die kleineren Vereine daran teilnehmen könnten. Es wurde vorgeschlagen, mit der alten Abteilung an diesem Turnier teilzunehmen. Eine Beschlußfassung wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Desgleichen wurde Punkt 3, Beschlußfassung über das Turnier 1927 bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Unter Verschiedenes wurde beschlossen, an den Seiten des Reitplatzes Gräben ziehen zu lassen, um so den Platz zu entwässern. Der Vorstand wurde mit der Erledigung dieser Angelegenheit betreut. Ferner wurde beschlossen, um für neuen Nachwuchs zu werben, am Montag, den 20. ds. Mts. einen Propagandageländeritt zu machen. Unterwegs soll dann bei verschiedenen jungen Leuten vorgesprochen werden, um dieselben für den Verein zu werben. Junge Leute, die dem Verein beitreten wollen sind aber auch eingeladen, den Geländeritt mitzumachen. Abreiten am 20. um punkt 12 Uhr vom Hotel Decker aus. Gegen 1 Uhr schloß der Vorsitzende mit einem Dank an die Erschienenen die Versammlung.

★

Epe.

)!(**Epe, 13. Dez. Schau- und Werbeturnen des Turnvereins Westfalia.** Anläßlich des Scheidens des staatlich geprüften Sport- und Turnlehrers Herrn W. Lehmann, veranstaltete der Turnverein Westfalia gestern in seinem Vereinslokal Meyer ein großes Schau- und Werbeturnen das sehr gut besucht war. Der Verein, der in sehr gutem Ruf steht und auch über gute Kräfte verfügt hat durch seine Darbietungen der Oeffentlichkeit wieder etwas Hervorragendes geboten. Die Veranstaltung fand unter persönlicher Leitung des Turnlehrers Lehmann statt. Der Verein hat sich durch seine Darbietungen wiederum in der Bürgerschaft eine Anerkennung erworben. Hoffentlich wird dieses Werbeturnen seinen Zweck, die Jugend zu einem gesunden Geschlecht heranzuziehen, nicht verfehlen. In einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist. Möge dieses jeder beherzigen und die Eltern, die an der Gesundheit ihrer Kinder ein Interesse haben, sollten dieselben dem Turnverein zuführen. Dem scheidenden Turnlehrer Herrn Lehmann sei an dieser Stelle für seine aufopfernde Tätigkeit herzlich gedankt. Dem Verein wird er unvergeßlich bleiben. Mögen seine Anregungen im Verein auch weiterhin befolgt werden.

★

Abschiedsfeier des Herrn Pfarrverwalters Nordhoff.

Eine schier unübersehbare Schar hatte sich am gestrigen Sonntag in dem geräumigen Saale bei Bußmann zusammengefunden, um den Abschied des geliebten Seelenhirten zu feiern. Nach einem stimmungsvoll vorgetragenen Begrüßungschor durch den Kirchenchor begrüßte Herr Kaplan Stegemann im Namen der Vredener Geistlichkeit die Erschienenen, vor allem die Vertreter der einzelnen Vereine, der weltlichen Behörden, die Lehrerschaft und besonders den hochwürdigen Herrn Pfarrverwalter, den jetzigen Pfarrer von Vinkrath. Er hob in kurzen Worten dessen hohe Verdienste um die Vredener Gemeinde, seine besonderen Vorzüge und sein stets heiteres Wesen gebührend hervor. Nach einem kurzen Vortrage der Stadtkapelle ergriff Herr Rechtsanwalt Böcker für den Kirchenvorstand das Wort, um in einer längeren Rede des scheidenden Herrn Kaplans zu gedenken. Er führte ungefähr folgendes aus: Wenn Freunde auseinander gehen, dann sagen sie auf Wiedersehen. In Wahrheit sei der Scheidende der hiesigen Gemeinde ein Freund gewesen, in guten und in bösen Tagen. Vor allem habe sich diese treue Freundschaft in den Tagen des Unglücks, während der Kriegszeit, gezeigt, wo er manche Trauer und so manches Leid innerhalb der Familien gestillt habe. Den ausziehenden Kämpfern habe er in jeder Weise seine Mithilfe geschenkt. Und als ihn selbst das Vaterland zu den Fahnen rief, da ist er ausgezogen als schlichter Sanitäter, um dort draußen auf den Schlachtfeldern Verduns den Verwundeten und Sterbenden beizustehen. Und als er später dann als Divisionspfarrer so manchen ehemaligen Bekannten aus Vreden draußen traf, da zeigte er besonders seine treue Freundschaft, indem er ihnen in mancher schweren Stunde die hehren Tröstungen unserer hl. Kirche spendete. Es kam die Zeit nach dem Kriege, die unglückliche Zeiten für unser Vreden brachte. Wie sehr zeigte er auch in dieser schweren Zeit der Not in unserer Gemeinde seine treue Freundschaft in allen Kreisen auf die trefflichste Art. Er war aber auch ein Freund der Toten. Seinen Bemühungen ist es zu verdanken, daß man den in den Kriegsjahren verwilderten Friedhof zu einem wahren Gottesgarten umgewandelt hat. Das schlichte Denkmal für die Gefallenen, das sich jetzt still und mahnend auf diesem erhebt, hat er in seinem, ganz auf die Liebe zur Heimat gerichteten Gedanken, an dieser Stätte zum ewigen Gedenken errichten lassen. Wir danken ihm dafür. Seine Sorge und Mühe galt in jeder Weise seiner treu zu ihm haltenden Gemeinde. Sie wird ihn und sein segensreiches Wirken nie vergessen. Möge auch er das alte Vreden, in der sein Andenken nie verschwinden wird, niemals vergessen. Noch oft möge er in späteren Jahren die Stätte seiner einstmaligen Wirksamkeit besuchen. Uns Vredenern soll das Umgekehrte wohl nicht möglich sein, dann würde das Vinkrather Pastorat wohl zu klein werden. Aber eine stete Erinnerung an das liebe alte Vreden wolle man ihm mitgeben, daß er sich beim Anblick desselben noch den Gedanken an seine ehemalige Wirkungsstätte und seine lieben Freunde stetig wachhalte. Es ist dies ein Gemälde von Künstlerhand, das den Vredener Kirchplatz mit seinem ehrwürdigen Gotteshaus, dem uralten Turm und seinem traulichen Lindenkranze darstellt. Er möge es ferner hinnehmen als ein geringes Zeichen des Dankes und der Anerkennung für all das Gute, das er in der Vredener Gemeinde gewirkt habe. Des Himmels reichsten Segen wünsche er ihm im Namen der ganzen Gemeinde zu seinem Wirken in seiner neuen Pfarre Vinkrath. Sie liege jenseits des Rheines, und wenn der hochwürdigste Herr Bischof ihn, den Stockwestfalen, dorthin geschickt habe, so habe er sicherlich dafür seine Gründe gehabt. Noch einmal rufe er dem Scheidenden ein herzliches: Auf Wiedersehen! zu. Mit lebhaftem Beifall wurden diese Worte aufgenommen. Sodann richtete namens des kath. Arbeitervereins Herr Edler an den scheidenden Präses das Wort. Groß sind die Verdienste, die Herr Kaplan Nordhoff sich um diesen erworben hat. In der schlimmsten Zeit, der Nachkriegszeit, habe er das schwere Amt des Vereinspräses übernommen, und seine ganze Kraft dem aufwärtsstrebenden Verein gewidmet. Auch der Arbeiterverein spreche ihm den herzlichsten Dank aus und wünsche ihm Gottes Segen zu seinem neuen Amt. Er ließ sodann die ganze Versammlung ein dreifaches Hoch auf den scheidenden Präses ausbringen. Als Vertreter der Jünglingssodalität sprach in ähnlicher Weise Herr Wessels. Darauf ergriff Herr Rektor Böcker das Wort, um das gute Einvernehmen zu schildern, das stets mit dem Herrn Kaplan und der Vredener Lehrerschaft geherrscht habe. Die Kinder verlieren viel an dem nun Vreden verlassenen Kaplan. Das habe der Abschiedsbesuch bewiesen, den der Herr Kaplan gestern in den Schulen bei den Kindern gemacht habe. Der Chor des Arbeitervereins sang darauf ein ansprechendes Abschiedslied ihrem verehrten Präses. Fräulein Hohenzollern sprach dann im Namen des Elikabethvereins ebenfalls herzliche Worte des Dankes und Wünsche auf das fernere Wohlergehen des neuen Pfarrers von Vinkrath aus. Für den Pfarr-Cäcilienverein, dessen Präses der Herr Kaplan seit 13 Jahren gewesen ist, sprach der Dirigent, Herr Lehrer Wiegand. Er hob die großen Verdienste des Scheidenden noch einmal hervor und lenkte den Blick auf die neue Wirkungsstätte desselben hin. Gerade im Rheinland fände er den rechten Boden vor, um auch den kirchlichen Gesang zu fördern. Der sangesfrohe Rheinländer würde da sicher nicht versagen. Und gerade über die

Durchgerungen.

Roman.

Von Prigge Brook.

37) (Nachdruck verboten!)

„Du hast einen Buben? Glückliche!" rief Herr von Rosen aus. „Den muß ich sehen. Mach mir die Freude! Darf ich klingeln?" Ohne ihre Antwort abzuwarten, drückte er die Klingel, worauf das Hausmädchen erschien.

„Berta soll die Kinder bringen."

„Kinder sogar? Hast du denn mehr als den einen Jungen?"

„Meine Stieftochter wird sich dir präsentieren. Sie ist schon ein großes Mädel, bald zehn Jahre alt."

Der Legationsrat schüttelte den Kopf. Man sah, etwas stimmte nicht in seiner Rechnung. Seine Frau blickte schweigend vor sich hin. Es fiel nicht weiter auf, da ihr Gatte außerordentlich gesprächig war. Er hatte vieles zu fragen und zu sagen. Ob Tante Anita glücklich sei, und wie gut ihm der prächtige Baron gefallen, mit dem er schon Freundschaft geschlossen.

„Hoffentlich lerne ich auch deinen Gatten kennen, liebe Vera", fuhr er fort. „Kannst dir vorstellen, wie ich auf seine Bekanntschaft brenne. Bisher habe ich nur seinen Namen gehört."

Draußen trippelten kleine Füße, irgend etwas schlug dröhnend an die Tür, sie öffnete sich, und ein allerliebstes Pärchen stand auf der Schwelle. Bubi und Lucy. Beide Kinder waren weiß gekleidet, beiden fiel das blonde Haar auf die Schulter hinab. Während das kleine Mädchen schon eine für sein Alter bemerkenswerte Grazie zeigte und in schüchterner Scham zu Boden sah, blickte der frische Bube, dessen bloße Aermchen und Beinchen braungebrannt waren von Sonne und Luft, furchtlos dem fremden Herrn ins Gesicht, der ihn entzückt betrachtete.

„Süß, die zwei. Findest du nicht, Mary dear?" fragte er unwillkürlich englisch.

Mary dear bejahte matt.

„Komm' mal her zu mir, kleiner Bub', und sage, wie du heißt", wandte Rosen sich an den Jungen.

Helmut 'eiß' ich und Luz ist mein Schwesterchen, und das is Mammy. Liebe, liebe Mammy!"

Er stürzte auf Vera zu und umschlang sie mit seinen dicken Aermchen. Langsam kam auch die Kleine näher. Des fremden Herrn Gesicht flößte ihr Zutrauen ein. Artig reichte sie ihr schmales Händchen, welches er vorsichtig drückte.

„Luz heißt du?"

„Eigentlich Lucy", antwortete sie befangen. „Helmut sagt aber nur Luz, er ist noch klein, und das ist ihm bequemer." Ein zärtlicher Blick flog zu dem Brüderchen hin.

„Hast den Helmut wohl recht lieb?" fragte Rosen weiter.

„Am allerliebsten nach Papa", antwortete sie nach kurzem Nachdenken.

„Bist ein süßes Mädel. Gib der Tante dort auch 'ne Hand. Willst du?"

Lucy überwand sich und ging hin.

Frau Mary wog das schöne Haar des Kindes in der Hand. „Schönes Haar, überhaupt ein hübsches Kind. Wird mal eine Schönheit werden, Fred. Sollst es sehen," sagte sie eifrig und unbekümmert um die kleine Zuhörerin.

Helmut paßte es nicht, daß er ins Hintertreffen geriet. Er kletterte vom Schoß seiner Mutter herab und stellte sich vor den Onkel. „Tannst mich mal fliegen lassen," sagte er mit Gönnermiene. Rosen verstand. Drei-, viermal schwenkte er den kleinen Bengel durch die Luft, daß der Junge aufjauchzte.

Vera trat endlich dazwischen: „Es ist genug. Nun schnell fort mit euch, sonst hört der Unfug nicht auf."

Helmut zog ein Schnippchen, aber Luz brachte ihn mit schmeichelnder List ins Freie.

„Ein Prachtkerl, der Junge, und das Mädel einfach süß. Bist du nicht unbändig glücklich mit dem kleinen Volk?"

Ehe die junge Frau antworten konnte, erschien ihr Mann. Schließlich gefiel ihm der Legationsrat ebenso gut wie seiner Frau, die endlich auftaute und liebenswürdig wurde. Man trennte sich nach einer Stunde mit dem Versprechen, einander am Abend im Konzert zu sprechen. Alfred ließ keine Ruhe.

„Warum hast du ihm zugesagt?" fragte Vera, als jene gegangen, ihren Mann ärgerlich.

„Ich glaubte dir eine Freude zu machen, weil du doch deinen Vetter gern magst. Wenigstens schien's mir so nach allem, was du erzählest von eurer gemeinsamen Kinderzeit. Hab' ich's nun wieder nicht recht gemacht?"

„Du weißt, weshalb ich mich abseits halte."

„Das gilt für Fremde, Badegäste, die sich flüchtig hier aufhalten. Dies ist ein ganz verschiedener Fall, Verwandte, unter ihnen die Eltern. Ich denke, es tut dir gut, wenn du mehr hinauskommst."

Dagegen ließ sich nichts einwenden. Im Grunde war Veras Ablehnung auch nicht ernst gemeint. Das Wiedersehen mit dem Jugendfreunde hatte sie angenehm erregt.

Alfred hatte überwunden, kein Zeichen deutete auf Unbefriedigtsein. Er schien im Gegenteil fest in seinen Schuhen zu stehen. Wunderbar, was aus dem weichen, träumerischen Alfred geworden war! Innerlich hatte er sich verändert. Zu seinem Vorteil. Am besten hatte er ihr gefallen, als er mit Helmut spielte. Er war schon immer ein Kinderfreund, hoffentlich hatte er selbst Kinder; wunderlich, daß sie ihn nicht danach gefragt. Aber es lag an der Frau, die sich im Grunde recht kühl gezeigt. Nur als sie von Lucys anziehender Schönheit gesprochen, hatten ihre Augen aufgeblitzt, daß sie beinahe hübsch aussah. Sonst war nicht viel von ihr zu sagen.

Vera schmückte sich gegen Abend zum Konzert. Es war ihr, als habe sie sich lange nicht so auf einen Ausgang gefreut, wie heute. Der Baron hatte den besten Tisch vor dem Kurhaus reservieren lassen. Die Musik drang nicht gerade aus nächster Nähe hin, aber man hörte jeden Ton.

Die beiden Paare saßen schon, als der Rechtsanwalt mit seiner Frau ankam. Von weitem bemerkte Alfred, daß Vera aller Augen auf sich zog. Sie war immer noch eine wunderschöne Erscheinung, wenn auch der Jugendschmelz geschwunden war. Das Königliche in ihrer Gestalt kam sogar mehr zur Geltung, seit eine gewisse Fülle die überschlanken Linien verschwinden ließ.

Der Legationsrat betrachtete seine schöne Base mit Genuß. Sein Herz schlug nicht mehr schneller bei ihrem Anblick. Was er einst für sie gefühlt es war vergangen wie die schöne Jugendzeit, zu der jenes Gefühl untrennbar gehört. Dennoch hatte er oft und viel an die beiden Frauen gedacht, die ihr einsames Lebensschiffchen auf gefahrvoller Flut mutig gesteuert, und gern hätte er eher von ihnen gehört. Daß Vera sich verheiratet, erfuhr er vor mehreren Jahren auf Umwegen. Namen und Stand ihres Mannes kannte man nicht, hatte ihm aber erzählt, daß er ein Erbe jenes bekannten Kohlenkönigs Lumm-Thalberg sei. Ein Thalberg also vermutlich. Seit Tagen wußte Rosen, daß Veras Mann Rechtsanwalt war und Zeck hieß. Der Zusammenhang zwischen den Thalbergs und ihren Millionen war ihm noch nicht klar. Es eilte auch nicht. Vera sah aus, als habe sie es verstanden, die Reichtümer, die sie gesucht, zu finden. Daß der Mann, von dem dieser Reichtum abhing, sympathisch wirkte, tat dem Legationsrat wohl. Er war geneigt, den Umstand zu Veras Gunsten anzunehmen; so hatte sie doch nicht nur nach Gold gesucht, wie sie verheißen, war besser gewesen, wie sie vorsah. Das freute ihn. Nachdem er damals lange Zeit an ihrer Verabschiedung gekrankt, war er gesund geworden und hatte seine Liebe zu dem schönen Geschöpf gewaltsam aus seinem Herzen gerissen. Er achtete sie nicht mehr. So lange sagte er sich's vor, bis er daran glaubte und mit befreitem Herzen sich seiner Zukunft widmen konnte. Er blieb seiner Laufbahn treu. Man berief ihn auf den Posten eines Gesandtschaftssekretärs in Washington. Dort hatte er Gelegenheit für seinen erkrankten Chef einzutreten. Dieser zeigte sich nicht undankbar, er gab ihn selbst zur Beförderung ein.

In seinem Hause lernte Alfred von Rosen auch seine jetzige Frau kennen. Sie hatte sich leidenschaftlich in ihn verliebt. Deutsch-Amerikanerin und Waise, im Besitz eines ansehnlichen Vermögens, hielt sie nichts ab, dem Manne ihrer Wahl zu folgen, wohin sein Beruf ihr zwang, bis dieser, von soviel Anhänglichkeit gerührt, sie schließlich begehrte. Die Ehe war glücklich. Rosen gab, soviel er konnte; daß er mehr nahm, beglückte seine Frau, die nichts Höheres kannte, als ihren Mann. Einzig der Umstand, daß ihrer Ehe Kinder versagt blieben, drückte sie sehr. Er war ein großer Kinderfreund. Nach langer Zeit war Rosen wieder nach Deutschland zurückgekehrt, vorübergehend bekleidete er den Posten eines Legationsrates in einem der kleinen Bundesstaaten. Er wußte indes, daß es nicht für lange sei. Einstweilen hatte er, da ein empfindlicher Rheumatismus ihn gequält, dem Rat der Aerzte folgend, B. aufgesucht, um einen Teil seines Urlaubes dort zu verleben. So lagen die Verhältnisse, als er seine Verwandten wiedersah. Natürlich empfing ihn der joviale Baron und Badedirektor sofort mit der Nachricht, daß er eigentlich sein Neffe sei, ein angeheirateter zwar; denn seine Tante sei des Barons Frau. Rosen hatte an einen Scherz geglaubt, als ihn der Eintritt der Tante aufklärte. Sie hatte sich kaum verändert. Im Gegenteil fand er sie jünger geworden und hübscher. Keinesfalls so oberflächlich und eitel wie früher. Sie kam ihm unverändert herzlich entgegen. Von Vera sprach sie nur flüchtig, indem sie darauf hinwies, er werde sie ja sehen. Tatsächlich hatte er dem Besuch bei der jungen Frau mit Spannung entgegengesehen. Von ganzem Herzen hoffte er, daß sie überwunden habe und glücklich sei. Nicht als ob er so eitel gewesen, Vera zuzutrauen, daß sein Bild immer noch auf dem Grunde ihrer Seele lebe, dazu hatte sie ihn nicht heiß genug geliebt. Er fürchtete nur, daß sie, von ihrer Sucht nach Reichtum hingerissen, kopf- und planlos gewählt und nun enttäuscht sei. Das hätte ihm weh getan. Daß er sie anscheinend glücklich wiederfand, nahm ihm einen Stein vom Herzen. Der Abend gestaltete sich daher äußerst angenehm. Jeder trug sein Bestes zur Unterhaltung bei. Der Baron erzählte Schwänke aus seiner Jugendzeit. Frau Mary mußte darüber so herzlich lachen, daß sie ihr Taschentuch nicht von den Augen brachte. Rosen widmete sich den Verwandten. Der Rechtsanwalt hörte zu und fand, daß dieser neu aufgetauchte Vetter in Wahrheit eine Aquisition sei, und freute sich für seine Frau, der er die Abwechslung gönnte, die der Aufenthalt des Ehepaares ihrem Leben bringen sollte. Gut gelaunt, regte er selber eine Zusammenkunft für den folgenden Abend an, wobei als Ort das Forsthaus gedacht war, das eine Wegstunde von B. entfernt liegt. Bei sinkender Nacht trennten sich die Vergnügten, die von Ende und seiner Frau das Geleit bis an ihre in unmittelbarer Nähe des Kurhauses [illegible] Wohnung gaben.

„Unsere Wege trennen sich hier, wie ich glaube", sagte Zeck und bot dem Legationsrat die Hand, als das Ehepaar verschwunden war.

„Wir haben denselben Weg bis an die Königsstraße, bis dahin darf ich dich führen, Vera?" Rosen bot seiner Cousine den Arm, der Rechtsanwalt zog den der jungen Frau durch den seinen. So wanderten die Vier durch die köstliche Nacht.

Anfangs schwieg Alfred. Er fühlte sich befangen und wußte nicht, wie er das was er sagen wollte, am besten anfange. Endlich faßte er den Mut.

„Du ahnst nicht, wie glücklich ich mich heute fühle liebe Vera," begann er. „Noch vor acht Tagen hätte ich nicht zu hoffen gewagt, dich wiederzufinden, so zu finden."

„Dachtest du denn, ich säße irgendwo hinter der Schreibmaschine und verdiente mir mühsam mein Brot?" lachte sie unhörbar.

(Fortsetzung folgt!)



Herzen der Kirchensänger fände er hier den rechten Weg zu seiner neuen Gemeinde. Und wenn auch Vinkrath weitab liege, so wäre es doch nicht ausgeschlossen, daß der Vredener Kirchenchor dort einmal seinen ehemaligen Präses besuche. Nach einem Liedvortrage der Gesandabteilung des Arbeitervereins ergriff Herr Bürgermeister Gorissen das Wort, um das gute Einvernehmen und die treue Mitarbeit des Herrn Kaplans zu schildern, das stets zwischen der städtischen Behörde und ihm bestanden habe. Seinem verdienstvollen Eingehen auf die Volksseele sei es sehr zu verdanken, daß in der Nachkriegszeit hier in Vreden alles in ruhige Bahnen gelenkt worden sei. Namens der städtischen Behörde spreche auch er ihm die besten Wünsche für sein ferneres Wohlergehen aus. Darauf ergriff Herr Pfarrverwalter Nordhoff das Wort, um in bewegter Rede für alles das zu danken, was ihm heute Abend hier geboten und gesagt worden sei. Er freue sich über die große Schar, die sich hier eingefunden habe, sei dieses doch ein beredtes Zeugnis für die treue Anhänglichkeit der Vredener Gemeinde an ihre Geistlichkeit und die Kirche überhaupt. Gefreut habe er sich über das gut gewählte Angebinde, das den Ehrenplatz in seinem neuen Pastorat haben soll. Sodann richtete er nochmals Worte der Ermahnung an die Vereine und die ganze Gemeinde. Der Arbeiterverein möge sich seiner Bedeutung bewußt bleiben und sich nicht nur als Arbeiter, sondern vor allem auch als Vredener fühlen. Er möge sein christliches Ideal hochhalten und seine Reihen freihalten vom modernen Zeitgeiste des Unglaubens. In ähnlicher Weise sprach er zu den Mitgliedern der Sodalität, die ihm oft genug das Zeugnis für die echt kath. Gesinnung der Vredener Jugend gezeigt habe. Schwer falle ihm auch der Abschied von den Kindern, die hier so eifrig die Schulmesse besuchen und sich schon als Kinder dadurch eine Unmenge Gnaden im Kindesalter erwerben. Auch dem Kirchenchor wünsche er, daß er in der gleichen Weise weiterarbeite an dem hohen Ziele, daß er sich gestellt habe. Auch den Dirigenten ermahnte er, wie er es schon bei dem letzten Zusammensein bereits getan habe, zur weiteren Treue am Cäcilienverein. Er schloß sodann mit den heißesten Segenswünschen für Vreden, die Stadt in der schon seit einem Jahrtausend christliches Leben und christliche Kultur in der schönsten Weise herrschten. Diese Worte riefen einen sichtlichen Eindruck bei allen hervor, und in dem lebhaft einsetzenden Beifall zeigte sich dem scheidenden Herrn Kaplan noch einmal die treue Anhänglichkeit der ganzen großen Gemeinde. Nach einem Musikvortrag der Kapelle schloß Herr Kaplan Stegemann die Feier.

*

Gronau.

((**Gronau, 14. Dez. Theaterabend.** Die sich am Sonntag abend zu der zum Besten des Neubaues unseres Krankenhauses gegebene Theateraufführung in der Concordia eingefundene Besucherschaft verdankt der Spielschar der Jungfrauenkongregation einige recht heitere Stunden. Den ergötzlichen, dankbaren, aus ernster Lehre und frischem, manchmal derben Humor gemischten Stoff des Hauptstückes „Das verlorene Paradies" wie auch der Nebendarbietungen verstanden die Darstellerinnen in recht ansprechender Weise auf die Bretter zu bannen. Inszenierung und Einzelspiel wie Gesamtdarstellung waren wohldurchdacht und schön abgerundet und gaben dem frohgelaunten Publikum Anlaß zu ehrlichem Beifall. So war es ein Abend, der durchaus befriedigte und um den sich auch die rührige Arbeitervereinskapelle verdient machte.

× **Gronau, 14. Dez. Aus dem Polizeibericht.** Ein 18jähriger Kostgänger stahl seinem Hauswirt in der Tannenbergstraße aus einem verschlossenen Koffer 70 RMk. in bar, einen goldenen Ring im Werte von 30 Mk. und eine goldene Uhr und verließ dann seine bisherige Gaststätte. Die mutmaßliche Spur führt hoffentlich bald zur Festnahme des Täters. — Am Sonntag abend wurde einem Holländer an der Losser Straße das Fahrrad gestohlen.

Gronau, 14. Dez. Die Ferien für 1927 in Westfalen. Die Ferienordnung für das Schuljahr 1927/28 für die Provinz Westfalen macht die Trennung der Sommer- und Herbstferien, die im laufenden Schuljahre versuchsweise eingeführt war, wieder rückgängig. Die Osterferien dauern 17 Tage, und zwar vom 8. 4. bis 26. 4., die Pfingstferien dauern 10 Tage, und zwar vom 3. 6. bis 14. 6. Die Sommer-Herbstferien umfassen 41 Tage vom 2. 8. bis 13. 9. Die Weihnachtsferien umfassen 17 Tage und dauern vom 23. 12. bis 10. 1. Der Schluß des Schuljahres ist der 30. 3. 1928.

) **Gronau, 14. Dez. Theaterzweckverband.** Donnerstag, den 16., abends 8,20 Uhr, bringt der Theaterzweckverband in der Tonhalle das noch ziemlich unbekannte aber gewaltige Drama des berühmten Dichters Romain Rolland „Aert" zur Aufführung. Auf diesen literarisch so bedeutsamen Abend machen wir hiermit ausdrücklich aufmerksam und empfehlenden Besuch.

:: **Gronau, 14. Dez. Einen Unterricht im Nähen,** Sticken und Stopfen auf der Singer-Nähmaschine wird am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche im Lokale des Herrn Gerh. Determann, nachm. von 3—9 Uhr abgehalten. Es sei auf die diesbezgl. Anzeige in der gestr. Nummer hingewiesen."

*

Laßt Eure Anwartschaft in der Angestelltenversicherung nicht verfallen!

Nach einer Sonderbestimmung des Angestelltenversicherungsgesetzes gelten alle Anwartschaften bis zum 31. Dezember 1923 als aufrechterhalten ohne Rücksicht darauf, ob für einzelne Jahre zu wenig Beiträge oder kein Beitrag entrichtet wurde. Von 1924 an aber muß in jedem Jahre eine bestimmte Mindestzahl von Beitragsmonaten nachgewiesen werden, sonst gehen die Ansprüche aus der Versicherung verloren. Die Nachzahlungsfrist für freiwillige Beiträge für das Jahr 1924 endet mit dem Dezember 1926. Bis zum Schlusse des Jahres 1926 hat jeder Versicherte, für den seit 1913 wenigstens vier Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung nachgewiesen sind, noch die Möglichkeit, seine Versicherung aufrechtzuerhalten oder wieder aufleben zu lassen. Von dieser Möglichkeit sollte jeder Versicherte, der noch berufsfähig ist, Gebrauch machen. Die unbeschränkte Nachzahlung freiwilliger Beiträge ist nur für ein Jahr zurück zulässig, dagegen können zwar nicht mehr alle, wohl aber Beiträge, die notwendig sind, um den Verfall der Anwartschaft zu hindern, für das Jahr 1924 noch bis 31. Dez. 1926 nachentrichtet werden. Das Gesetz verlangt, daß der Versicherte vom 2. bis 11. Kalenderjahre seiner Versicherung mindestens acht, vom 12. Kalenderjahre der Versicherung an jährlich mindestens vier Beitragsmonate nachweist. Wer im Jahre 1914 oder später in die Angestelltenversicherung eingetreten ist, muß demnach für 1924 acht Beitragsmonate nachweisen können. Nur für denjenigen, der bereits seit 1913 der Angestelltenversicherung angehört, genügen für 1924 vier Beitragsmonate. Freiwillige Beiträge sind mindestens in der Gehaltsklasse zu entrichten, die dem Durchschnitt der letzten vier Pflichtbeiträge entspricht. In einer niedrigeren Gehaltsklasse ist die freiwillige Weiterversicherung nur zulässig, wenn diese Gehaltsklasse dem Einkommen entspricht. Die Beiträge sind durch Marken zu entrichten. Ein grüner Aushang im Schalterraum der Post unterrichtet über die Beitragsklassen.

Nach einem am 3. Dezember 1926 vom Reichstage angenommenen Gesetz, dessen Verkündigung in den nächsten Tagen zu erwarten ist, sind für Erwerbslose die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft erforderlichen Beiträge zur Angestelltenversicherung durch die Gemeinde aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu entrichten. Die für 1924 noch nötigen Beiträge sind bis zum 31. Dezember 1926 in Klasse A (2 Rm.) nachzuentrichten. Der Gemeinde (Arbeitsnachweis) sind soweit Beiträge fehlen, zu diesem Zweck die grüne Versicherungskarte und die etwa vorhandene Aufrechnungsbescheinigung über eine volle Karte vorzulegen. Ferner ist der Nachweis, ob der Eintritt in die Angestelltenversicherung im Jahre 1913 oder später erfolgt ist und demnach vier oder acht Beitragsmonate nachzuweisen sind, durch Vorlage der alten gelben Versicherungskarte, des Kontoabschlusses usw. zu führen. Rückfragen bei der Reichsversicherungsanstalt sind möglichst zu vermeiden. Jeder Versicherte besitzt die Unterlagen, aus denen ersichtlich ist, ob und wie viel Beiträge noch erforderlich sind.

*

Aus dem Münsterlande.

:=: **Münster, 13. Dez. 31. Lehrgang an der 1. Westf. Reit- und Fahrschule in Münster i. W.** Am 3. Januar 1927 beginnt an der 1. Westf. Reit- und Fahrschule zu Münster der 31. Lehrgang für junge Landwirtssöhne über eine Dauer von 8 Wochen, nachdem bisher an 30 Lehrgängen 311 Schüler aus allen Teilen Deutschlands und aus dem Auslande teilgenommen haben. Die praktische und theoretische Ausbildung durch geeignete Fachmänner erstreckt sich neben gründlichen Unterweisungen im Reiten und besonders im Fahren, in Pferde- und Stallpflege, Körperbau und Erkrankungen des Pferdes, Hufbeschlag, Züchtungskunde, Unfallverhütung im öffentlichen Verkehr und Betrieb Vorbereitung für Leistungsprüfungen, Betreiben von Leibesübungen usw. Die Unterbringung und Verpflegung der Schüler erfolgt in der Schule selbst. Die Genossenschaft „Westfälischer Zuchtviehmarkt mit Reit- und Fahrschule zu Münster, Albersloherweg 34 (Fernruf 1522) ist gern bereit, Interessenten auf Wunsch die Schul- und Geschäftsordnung kostenlos zuzusenden. Anmeldungen werden möglichst bis zum 28. Dezember erbeten.

:: **Greven, 13. Dez. Ein Wilddieb abgefaßt.** In der Nacht zum Samstag wurde der 31jährige Straßenarbeiter Anton Br. aus Greven dabei abgefaßt, als er ohne Jagderlaubnis mit einem Jagdgewehr die Jagd ausüben wollte. Um die Tiere anzulocken, hatte er sich eine Karbidlampe mit eingebautem Scheinwerfer mitgenommen. Der Wilddieb erhielt eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen, die in Anbetracht seiner bisherigen Straflosigkeit ausgesetzt wurde, mit der Bedingung, daß er eine Geldbuße von 50 *M* zahlt. Die Waffe wurde eingezogen.

)(**Senden, 13. Dez. Einbruchsdiebstahl.** Am 23. Nov. dieses Jahres erbrach der 27jährige Arbeiter Paul Ur. die Truhe seines damaligen Dienstherrn, des Landwirts Barthe in Senden, und entwendete 190 Mark in Geldscheinen und eine Pistole. Der Dieb mußte vorher die Schlafzimmertür sprengen, in dem er sich mit dem Rücken gegen die Tür stemmte. In Anbetracht dieses Einbruches und der vielen Vorstrafen (er ist viermal wegen Diebstahls vorbestraft) wurde für den Einbruchsdiebstahl und den verbotenen Waffenbesitz eine Gefängnisstrafe von insgesamt neun Monaten und einer Woche.

× **Salzbergen, 12. Dez Durch eine Transmission schwer verletzt.** In einer hiesigen Spinnerei wurde am Freitagabend der 18jährige Arbeiter S. von einem Transmissionsriemen erfaßt und mehrmals auf den Boden geschlagen, so daß er schwere Schädelverletzungen erlitt.

Westfalen und Nachbarprovinzen.

((**Oelde, 13. Dez. Unschädlichmachung zweier Brandstifter.** In den Jahren 1924/25 war in der Gegend von Oelde eine regelrechte Brandepidemie ausgebrochen. Es stand einwandfrei fest, daß man es in allen Fällen mit Brandstiftungen zu tun hatte. Die Staatsanwaltschaft in Münster und der Amtmann von Oelde, Dr. Johannig, scheuten keine Kosten und kein Mittel, um der ruchlosen Täter habhaft zu werden. Ein Umstand erleichterte die Aufklärungsarbeiten. Zeugen hatten bekundet, daß bei allen Bränden der Bahnassistent Westerswalbersloh und der Postaushelfer Lietmeyer in der Gegend erblickt worden waren und sich verdächtig benommen hatten. W. wurde zur Rede gestellt. Er beschuldigte L. der Brandstiftung. Man konnte aber L. nichts nachweisen. In der Zwischenzeit wurde W. wegen verschiedener Unterschlagungen aus dem Eisenbahndienst entlassen und in Verbindung mit einem andern Vergehen zur Verbüßung einer längeren Freiheitsstrafe nach Celle bei Hannover gebracht. L. war bei der Schutzpolizei in Hamm eingestellt worden. Die Brände hatten seit dem Fortgang der beiden Männer aufgehört. Mit der Aufklärung der Brände wurde die Landeskriminalstelle in Recklinghausen unter Leitung des Kriminaloberinspektors Tywker beauftragt. Schon nach 14 Tagen legte W. ein ziemlich umfassendes Geständnis ab, indem er zugab, nicht weniger als fünf Brände zusammen mit einem Freunde angestiftet zu haben. Den Namen des Freundes gab er nicht an. Durch die Untersuchungen in Münster verstärkte sich auch gegen L. der Verdacht in solcher Weise, daß auch er in Haft genommen wurde. Er bestritt indessen nach wie vor, an den Brandstiftungen beteiligt gewesen zu sein. Die Staatsanwaltschaft Münster übergab die Angelegenheit noch einmal der Landeskriminalstelle Recklinghausen. Die Bevölkerung belastete nun den L. so schwer, daß er zugeben mußte, wenigstens in einem Fall Brandstifter gewesen zu sein. Die übrigen Fälle bestritt er weiter. — Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß sich zur Zeit eine ganze Reihe weiterer Brandstifter männlichen und weiblichen Geschlechts im Untersuchungsgefängnis in Münster befindet. Alle haben umfassende Geständnisse abgelegt.

△ **Wattenscheid-Höntrop, 13. Dez Glück im Unglück.** Ein junger Radfahrer aus Dahlhausen wurde während der Fahrt auf der Zollstraße von Krämpfen befallen und stürzte, wobei er leichte Verletzungen im Gesicht davontrug. Mitleidige Passanten nahmen sich seiner sofort an und legten ihn auf einen Rasenhügel neben der Straße. Wäre dies nicht geschehen, so wäre der junge Mann unfehlbar von einem im Augenblick darauf um die Ecke kommenden Personenauto überfahren worden. Nachdem er sich nach geraumer Zeit erholt hatte, konnte er den Heimweg antreten.

× **Bottrop, 13. Dez Zusammenstoß von zwei Kraftfahrzeugen.** Gestern nachmittag gegen 4 Uhr stießen in der hiesigen Gladbeckerstraße, in der Nähe der Wirtschaft Lordick, zwei Kraftfahrzeuge zusammen. Das Kraftfahrzeug der Firma Thielemann aus Gladbeck kam in scharfem Tempo von Gladbeck her über die Gladbeckerstraße, als im selben Augenblick das Fahrzeug der Firma Ostfeld aus Duisburg von der Buchenstraße aus in die Gladbeckerstraße einbiegen wollte. Hier an der Ecke prallten beide Fahrzeuge aufeinander, und das Fahrzeug der Firma Ostfeld aus Duisburg wurde am Vorderteil vollständig zertrümmert. Die Führer der beiden Fahrzeuge kamen wie ein Wunder fast unverletzt davon. Wen die Schuld an dem Zusammenstoß trifft, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben.

× **Bottrop, 13. Dez Tod in der Grube.** Ein schweres Unglück ereignete sich im Betriebe der Zeche Prosper 3. Der Hauer Bernard Lesker von hier geriet in Ausübung seines Berufes unter schweres aus dem Hangenden stürzendes Gestein und wurde buchstäblich zu Tode gedrückt. Der Mann war erst 27 Jahre alt, verheiratet und hinterläßt neben der trauernden Frau 3 unmündige Kinder.

△ **Barmen, 13. Dez. Schulstreik.** Die am Sonntag in den streikenden Orten stark besuchten Elternversammlungen haben einmütig beschlossen, im Schulstreik zu verharren. In Milspe fand eine Sitzung der Vertreter sämtlicher evangelischer Schulgemeinden des Kreises Schwelm statt. Es wurde eine Drahtung an den Unterrichtsminister gerichtet, in dem die in Milspe versammelten Vertreter sämtlicher evangelischer Schulgemeinden des Kreises Schwelm den Minister beschwören, den Schulrat Nischalke von der Leitung der evangelischen Schulen Dortmund Land I zu entbinden, andernfalls sei die starke zum Schulstreik drängende Bewegung der evangelischen Elternschaft nicht mehr aufzuhalten. Ferner wurde beschlossen, falls der Minister nicht einlenke, am Freitag mit dem Streik zu beginnen. Die evangelischen Schulgemeinden Hagens und die Schulgemeinde Annen haben beschlossen, in den Streik zu treten.



Weihnachtsahnung

zieht durchs Haus mit dem Duft der köstlichen Stollen, mit denen die Hausfrau ihren Lieben schon lange vor dem Fest einen Vorgeschmack der Weihnachtsherrlichkeit gibt. Auch der sparsamste Haushalt kann sich diese Vorfreude gönnen, denn „Rama-Margarine butterfein" sichert jedem Weihnachtsgebäck prächtiges Gelingen, gibt ihm den reinen Geschmack und denselben Nährwert wie beste Molkereibutter und kostet doch nur 50 Pfg. ½ Pfund.

Kinderzeitung „Der kleine Coco" oder „Fips, die heitere Post", kostenlos.

× **Karnap, 13. Dez. Den Tod auf den Schienen gesucht.** Am Sonntag nachmittag gegen 4½ Uhr wurde eine Frauensperson beobachtet, wie sie an dem Eisenbahnkörper der Eisenbahnstrecke Karnap—Horst auf und ab lief. Als nun der gegen 5 Uhr in Bottrop eintreffende Zug in Karnap abgelassen war, bemerkten Leute, daß die Frau auf den Bahndamm ging. Der Zug war noch etwa 300 Meter entfernt, als sich die Frau plötzlich auf die Schienen warf. Zwei Männer rannten den Bahndamm herauf und kamen eben noch recht, um die Frau von den Schienen zu reißen. Es handelt sich um eine 22 Jahre alte Frau, die, wie sie angab, seit 14 Tagen verheiratet ist, von ihrem jungen Ehemann geschlagen und dann verlassen wurde. Sie wollte deshalb den Tod suchen. Man hat sie dann in ein Haus geschafft und die in Wanne wohnenden Eltern benachrichtigt.

⊠ **Langenberg, 13. Dez. Probebetrieb des neuen Rheinlandsenders.** Die technische Anlage des neuen Rheinlandsenders in Langenberg ist nunmehr soweit gediehen, daß man hofft, von Mitte Dezember ab mit dem Probebetrieb beginnen zu können. Hierbei handelt es sich zunächst (d. h. etwa für die ersten 4 Wochen) lediglich um ein versuchsweises Arbeiten des Senders, wie es vor der endgültigen Inbetriebnahme jedes Rundfunksenders üblich ist. Deshalb wird man sich damit abfinden müssen, daß in Bezug auf Konstanz, Energie und Modulation vielleicht noch nicht das erreicht wird, was der Sender später zu leisten hat, und daß auch gelegentlich Betriebsunterbrechungen eintreten können. Es steht jedoch zu hoffen, daß trotz des technischen Versuchsbetriebes für etwa je 1 Stunde nachmittags und abends ein regelmäßiges Sendeprogramm gegeben werden kann, dessen Zeitdauer und Inhalt durch die Tageszeitungen veröffentlicht werden wird. Damit würde der Zweck erfüllt, daß tagsüber die Funkhändler eine Vorführungsmöglichkeit im Hinblick auf das Weihnachtsgeschäft erhalten, und andererseits auch die Rundfunkteilnehmer Gelegenheit finden, den neuen Sender zu hören und sich darauf einzustellen. Man rechnet damit, daß die endgültige Betriebseröffnung des Langenbergsenders Mitte Januar nächsten Jahres erfolgen wird.

Vorstandssitzung des Preußischen Landkreistages.

▲ **Münster, 13. Dezember.**

Heute ist hier der Vorstand des Preußischen Landkreistages zusammengetreten, um über wichtige schwebende Fragen der Kreiskommunalverwaltung zu verhandeln. Auf der Tagesordnung stand neben der Kreditbeschaffung für Landeskulturzwecke, der Aufnahme einer Straßenumbauanleihe sowie Fragen der Giroorganisation, der Wohnungszwangswirtschaft und der Hauszinssteuer wiederum das Eingemeindungsproblem, das durch die immer wieder auftauchende Erweiterungspolitik der Großstädte nicht zur Ruhe kommen will. Wenn die berufenen Vertreter der Landkreise solche Bestrebungen immer wieder bekämpfen müssen, so erfüllen sie damit Gebote gesunder Volkstumspolitik, zweckmäßiger Staatsraison und wahrer Selbstverwaltung.

Die Wegeanleihe wurde in Höhe von 50 Millionen Mark genehmigt; desgleichen wurde eine Mitwirkung der Landkreise bei der Schaffung von langfristigen Meliorationskrediten gutgeheißen.

Ueber die weiteren Beschlüsse zur Tagesordnung wird morgen berichtet werden, da die weiteren Verhandlungen noch andauern und am Dienstag fortgesetzt werden.

Spiel - Sport.

Ahauser Spielvereinigung — Union Burgsteinfurt 0:6.

× **Ahaus, 14. Dezember.**

Was man am Sonntag nachmittag im Stadtpark zu sehen bekam, war vom sportlichen Standpunkte aus betrachtet, nichts Erbauliches. Als das Spiel um 2.30 Uhr beginnen sollte, waren von der Ahauser Mannschaft „schon" 5 Mann auf dem Platze, zu denen sich dann noch in größeren Zeitabständen bis zum Beginn des Spieles weitere 6 Spieler gesellten, sodaß der Kampf mit erheblicher Verspätung seinen Anfang nehmen konnte. Es muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß solche Vorkommnisse das Ansehen des Sportes gewaltig beeinträchtigen und deren Wiederholung im Interesse der Sache wahrlich nicht wünschenswert ist. Ein Wort scheint in dem Sportlexikon der Spielvereinigung zu fehlen: Disziplin! Dieser Kardinaluntugend blieben die Rot-Weißen auch während des Spieles getreu, denn es wurde ohne Unterbrechung geredet, geschimpft und kritisiert, daß man sich manchmal in den Reichstag versetzt glaubte. Wenn durch solche Begleiterscheinungen das Spiel eine unnötige Schärfe annimmt und der Schiedsrichter von vornherein gegen den Platzverein voreingenommen sein muß, ist das bei dem Radau weiter nicht verwunderlich. Ebenso nicht, wenn das Publikum durch kräftig betonte Urteilssprüche, die manchmal Sachkenntnis nicht zum Vater haben, die Entscheidungen des Schiedsrichters zu korrigieren sucht. Gewiß traf dieser, besonders im Anfange, manche nicht gerade gerechte Entscheidung, aber wann und wo war dies bisher ein Grund, durch ein kannibalisches Spektakel von Spielern und Zuschauern den Fußballplatz zu einer Art Kampfarena übelster Art zu machen, oder ist dieses ein Mittel, sich die liebevolle Zuneigung des Unparteiischen zu erwerben? Dieses nur den Spielern und deren Anhang ins Stammbuch zur Betrachtung. — Das Spiel selbst stand ganz im Zeichen der Gäste, die es durch schönes Kombinationsspiel, gut eingeleitete Angriffe auf 6 Tore brachten. Das eine Tor resultierte aus einem Elfmeterball, ein zweites aus einem Strafstoß und ein drittes aus einem Eckball. Einige Tore der Burgsteinfurter waren nicht ganz einwandfrei, doch kann man wohl sagen, daß sie um eine ganze Klasse besser spielten als die Einheimischen und daß ein Sieg, wenn auch nicht in der Höhe, verdient war. Ahaus wurde dem Gegner kaum jemals gefährlich. Ueber die Kritik der Mannschaft selbst kann man nur das wiederholen, was schon mehrere Male an dieser Stelle betont wurde: nämlich, daß der Sturm mit seinem zerfahrenen, unüberlegten Spiel, verbunden mit Schußunsicherheit nie größere Erfolge aufweisen wird, wenn diese Spielweise weiter betrieben wird. Die Hintermannschaft spielt weitaus aufopferungsfreudiger und systemvoller. Die Hauptstützen sind hier Messing und Holtmann. (Ausgerechnet diejenigen, die nicht viel redeten, sondern spielten!) Auch Rüller und von Rickeln spielten tapfer und überlegt. In der zweiten Halbzeit führten harte Spielweise und überflüssige Bemerkungen zur Verweisung von 2 Spielern vom Felde, was u. E. ein zu strenges Urteil darstellte. — Die hohe Niederlage am Sonntag sollte den Ahauser Spielern zu denken geben. Gewiß wird durch die miserablen Platzverhältnisse und die ungünstige Bezirkseinteilung manchem Spieler Lust und Freude am Fußballsport getrübt; dies sind jedoch noch längst keine Gründe, die zu den jetzigen Zuständen führen können. Die Ahauser Sportfreunde erwarten von der Spielvereinigung die größere Beachtung der obersten sportlichen Grundsätze, ohne die nun eben ein harmonisches Zusammenwirken im Interesse der Sache undenkbar ist.

Sp. V. Concordia D. J. K. Gronau.

Sp. V. Concordia (Gauk.) — DJK. Dülmen I. 2:0.

Die Spielzeit mußte leider auf eine Stunde beschränkt werden, sonst hätte das Resultat vielleicht noch anders gelautet. Concordia's Gaumannschaft war heute nicht in Höchstform, konnte aber trotzdem über den forschen Gegner mit 2:0 triumphieren.

Sp. V. Concordia B-Mannsch. — DJK. Dülmen II. 4:0.

Auch Concordias B-Mannschaft konnte einen hohen Sieg landen. Die Grün-Weißen nahmen von Anfang an das Heft in die Hand, besonders nach der Halbzeit konnte der Sturm öfters gefährlich werden, während die Hintermannschaft den Gegner nicht zum Erfolg kommen ließ. — Die Schiedsrichter leiteten beide Spiele in großzügiger, unparteiischer Weise.

Geschäftliches.

Weihnachten steht vor der Tür, und fürsorgende Liebe sinnt, mit welchen Gaben sie Freude bereiten kann. In heutiger schwerer Zeit wird man in erster Linie zum praktischen Geschenk greifen. Nennen wir z. B. nur Maggi's bewährte Erzeugnisse: Maggi's Würze, Maggi's Suppen, Maggi's Fleischbrühwürfel, die jedem Haushalt willkommen sind. Durch ihre vielseitige Verwendbarkeit helfen sie nicht nur das teure Fleisch, Kohlen und Gas sparen, sondern erleichtern außerdem der Hausfrau die Hocharbeit.

Der erste Friedensschritt im Weltkriege.

Hofrat Edmund Glaise-Horstenau, Direktor des österreichischen Kriegsarchivs, schreibt im „Neuen Wiener Journal“: Daß man nicht falsch verstehe: Inoffizielle Friedensversuche gab es schon in den ersten zwei Kriegsjahren genug. Sie reichten zurück bis in die Zeit, da die deutschen Heere — im August 1914 — auf Paris losstürmten, und die französische Regierung ihre Hauptstadt fluchtartig verließ. Aber der erste offizielle Friedensschritt ist vor zehn Jahren am 12. Dezember durch die Mittelmächte unternommen worden, und wenn man bedenkt, wie der wirkliche Friedensschluß dann aussah, so ist ein Wort der Erinnerung doch wohl am Platze.

Am 28. September 1916 brachte der k. u. k. Außenminister Baron Burian den Gedanken zum erstenmal dem Kaiser vor. Der greise Herrscher saß vor seinem Schreibtisch, zusammengesunken, abgemagert, müden Auges, aber durchaus hellen Geistes. Er griff mit Freuden die Anregung auf, die ja seinen eigensten Absichten entgegenkam, allerdings, ohne sich — wie Burian berichtet — irgendwelchen Illusionen hinzugeben. Natürlich hieß es vor allem mit den Deutschen reden. Die Gelegenheit hierzu ergab sich für den Minister am 18. Oktober im deutschen Hauptquartier zu Pleß. In den „ruhigen Abendstunden“, die den ziemlich heftigen Debatten über die polnische Frage folgten, brachte Burian die Angelegenheit zum erstenmal gegenüber Bethmann-Hollweg zur Sprache. Ein paar andeutende Worte genügten, um die grundsätzliche Zustimmung des gleichfalls stets friedensgeneigten Kanzlers zu gewinnen. Elf Tage später erschien der Gesandte von Sturm auf dem Ballhausplatz, um dort mitzuteilen, daß auch der deutsche Kaiser mit dem geplanten Schritt einverstanden sei. Das Schreiben, das Wilhelm 2. im Zusammenhang damit am 31. Oktober an Bethmann richtete, ist für die Vorzüge und die Schwächen dieses Herrschers zu bezeichnend, als daß man es den Lesern vorenthalten könnte.

„Mein lieber Bethmann! Unsere Aussprache habe ich noch nachträglich gründlich überdacht. Es ist klar, die in Kriegspsychose befangenen, von Lug und Trug im Banne des Kampfes und im Haß gehaltenen Völker unserer Feinde haben keine Männer, die imstande wären, die den moralischen Mut besäßen, das befreiende Wort zu sprechen. Den Vorschlag zum Frieden zu machen, ist eine sittliche Tat, die notwendig ist, um die Welt — auch die Neutralen — von dem auf allen lastenden Druck zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat und sich Gott verantwortlich fühlt und ein Herz hat für seine und die feindlichen Menschen, der unbekümmert um die eventuellen absichtlichen Mißdeutungen seines Schrittes den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu, ich will es auf Gott wagen. Legen Sie mir bald die Note vor und machen Sie alles bereit.

Wilhelm T. R.

Bethmann hatte es nun sehr eilig. Er hätte am liebsten die Kundgebung binnen acht Tagen, zugleich mit dem polnischen Manifest in die Welt hinausgesandt. Burian machte solcher Eile gegenüber manche Bedenken geltend. Es sei vor allem taktisch nicht ratsam, die beiden Kundgebungen, deren eine, die polnische, fürs erste Rußland verstimmen werde, gleichzeitig zu erlassen. Auch möge der große militärische Erfolg abgewartet werden, den die Operationen gegen Rumänien versprachen. Schließlich sei zu erwägen, daß ja auch die Vereinbarung des Textes zwischen den Verbündeten Zeit kosten werde.

In der Tat sollte Burian gerade mit diesem dritten Argument, besonders recht behalten. Schon die ersten Beratungen über den Inhalt der Note zeigten tiefgehende Meinungsverschiedenheiten. Burian vertrat die Auffassung, daß die Note der Mittelmächte nur dann Zweck und Sinn habe, wenn sie auch die konkreten Friedensbedingungen enthalte. Bethmann sprach sich dagegen aus. Innerlich waren beide Staatsmänner auf die Erhaltung des Status quo eingestellt. Dies jedoch vor der Oeffentlichkeit zu bekennen, war dem deutschen Reichskanzler im Hinblick auf gewisse innerpolitische Kräfte sehr erschwert. Die politisch einflußreichsten Kreise Deutschlands begeisterten sich trotz der Erlebnisse vor Verdun und an der Somme nach wie vor für einen „Siegfrieden“ und hatten in der Heeresleitung seit ihr Ludendorff angehörte, einen starken Bundesgenossen gewonnen.

Die Kohlenbecken von Briey und Longwy, der militärische, politische und wirtschaftliche Anschluß Belgiens an das Deutsche Reich, etwa sogar die Einverleibung Lüttichs — das waren, soweit der Westen in Betracht kam, die Mindestforderungen dieser Gruppen. Anderseits verurteilte das Hauptquartier freilich sehr scharf die Begehrlichkeit Burians, als dieser den deutschen Wünschen das Verlangen nach einem erheblichen Teil Mont negros und nach einem Protektorat Oesterreich-Ungarns über das selbständige Albanien entgegensetzte.

Es ist bisher noch nicht dokumentarisch erwiesen, aber manche Anzeichen sprechen dafür, daß Baron Burian erst nach dem persönlichen Eingreifen der beiden Kaiser seinen Antrag, die Friedensbedingungen in die Note aufzunehmen, zurückzog. Weniger Widerstand setzte er dem ausdrücklichen Wunsch der deutschen Heeresleitung entgegen, die Kundgebung im Hinblick auf die Stimmung im Innern auf einen möglichst zuversichtlichen Ton abzustimmen. Der Entwurf war im wesentlichen fertiggestellt, als Kaiser Franz Josef die Augen schloß. Am Sarg des Kaisers kam Wilhelm II. mit dem neuen österreichischen Herrscher überein, daß die Note nach der unmittelbar bevorstehenden Eroberung von Bukarest loszulassen sei. Mackensen zog am 6. Dezember in der rumänischen Hauptstadt ein, sechs Tage später ging das erste Friedensangebot des Weltkrieges an die Völker hinaus.

Bethmann ist in seinen Kriegserinnerungen der Auffassung, daß auf die bald folgende Ablehnung durch den Feindbund, über die im Hinblick auf die außerordentlich interessante und für unser späteres Schicksal bedeutsame Vorgeschichte vielleicht noch einmal in anderem Zusammenhang zu sprechen sein wird, das Verschweigen unserer Friedensbedingungen nicht maßgebend gewesen sei. Für die leitenden Staatsmänner, in deren Reihen eben Lloyd George getreten war, gilt dies gewiß. Wohl aber hätte die Verkündung maßvoller Bedingungen bei den Völkern der Entente die Friedenssehnsucht sehr fühlbar entfacht. Denn daß der Augenblick psychologisch günstig gewählt war, beweist am deutlichsten die Tatsache daß es sich Wilson, obgleich ihm die Mittelmächte zuvorgekommen waren, nicht verdrießen ließ, sechs Tage später auch mit seinem Friedensaufruf hervorzutreten. Wie viel Leid wäre der Welt erspart geblieben, wenn die Kriegführenden damals den Weg zu einander gefunden hätten!

Von Nah und Fern.

Der Strafantrag gegen Holzmann.

)(**Berlin**, 13. Dez. In dem seit Wochen in Moabit gegen den einstigen Generaldirektor Holzmann laufenden Prozeß beantragte der Anklagevertreter heute gegen Holzmann wegen Betruges, Beamtenbestechung und Erpressung eine Gefängnisstrafe von einem Jahre sechs Monaten. Der Staatsanwalt schlug ferner vor, die Gefängnisstrafe, die Holzmann kürzlich in dem Kutiskerprozeß erhielt, und die neuerliche Strafe in eine Gesamtstrafe von 2½ Jahren Gefängnis zusammenzuziehen, wovon ein Jahr neun Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten sollen.

Selbstmordversuch eines Hamburger Defraudanten.

A **Berlin**, 13 Dez. Bei einer zufälligen Prüfung der Personalien neu angekommener Gäste in einem Hotel der Berliner Innenstadt durch die Kriminalpolizei hat sich heute morgen ein Kaufmann Heidmann, als man ihn aufforderte, seine Tür zu öffnen, zwei Kugeln in den Kopf geschossen. Er hatte einer Hamburger Firma, bei der er beschäftigt war, 10 000 Mark unterschlagen, die bis auf 300 Mark bereits ausgegeben sind. Er wurde schwerverletzt nach dem Staatskrankenhaus gebracht.

Das Urteil im Prozeß gegen den Rinteler Mörder.

A **Hannover**, 12. Dez. Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte das Schwurgericht den 29 Jahre alten Mechaniker und Klempner Willi Bettray aus Wilhelmshaven, der angeklagt war, die Hamburger Dirne Frau Reißer in einem Walde bei Rinteln ermordet zu haben, wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, unter Versagung mildernder Umstände.

Rotationsdruck und Verlag von Gebr. Lensing in Dortmund. — Verantwortlich für die Schriftleitung Fritz Schlotiunker.

Ganz Westfalen

spricht von dem entzückenden Heimatkalender

„O grüß' dich Gott, Westfalenland“ (1927)

Herausgegeben von Paul-Werner Pielsticker.

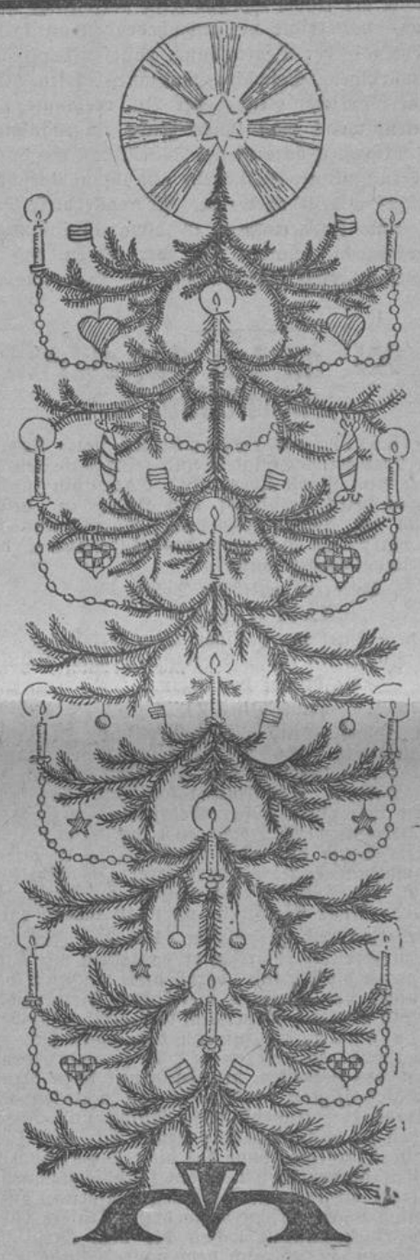
Enthält auf 144 Seiten die schönsten Beiträge unserer ersten westf. Meister (Wagenfeld, Wibbelt, Prümer, Bäte, Windhorst) usw. und 58 zum großen Teil ganzseitige Bilder, darunter die prachtvolle Plastik

„Frauenbildnis“

von Karl Altenbernd.

Ein wundervolles Geschenkbuch unter dem deutschen Tannenbaum und kostet doch nur 1.30 Mk.

Vorrätig bei
Gebr. Lensing, Buchhandlung, Gronau



Christbaum-Schmuck

in großer Auswahl.

Spitzen, Engel, Lametta, Kugeln in weiß und bunt, Wattefiguren, Lichthalter, Gold- und Silberhaar, Feenhaar, Baumständer, Kerzen und Wunderterzen.

A. Niewerth, Epe

Theater in Gronau

Theaterzweckverband
im Saale der Tonhalle
Donnerstag, den 16. Dez., abends 8,20 Uhr:

„Aert“

Drama in 3 Akten von Romain Rolland.
Karten zu 3.—, 2.—, und 1.— M, im Vorverkauf Geschäftsstelle der „Gronauer Nachrichten“ und an der Abendkasse.

Bin unter
Nr. 227
dem Fernsprechnetz angeschlossen
Josef Stake, Zahnpraxis
Gronau, Bahnhofstr. 23

Der Weihnachtseinkauf

wird Ihnen erleichtert, wenn Sie mein reichhaltiges Lager in

Rundfunk-Apparaten
und Einzelteilen

berücksichtigen.
Einröhren-Apparate von 25.— M an.

Teilzahlung!
Franz Wensing
Epe.

Der Glöckner von Notre-Dame

Schauspiel in 6 Aufzügen.
Karten im Vorverkauf bei Wwe. Jungeblodt und Zigarrengeschäft Machers.

Welcher Holzschuhmacher liefert
2-3 Hundert Paar
pro Woche, im Sommer genau so wie im Winter, gegen Kassa.
Schriftliche Offerten unter J. E. 50 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung in Ahaus.

Wer verkauft
Grundbesitz
einerl. welch. Art, städt. od. ländl. Geschäft oder Landwirtschaft. Sof. Besitzerangebote an K. Lahmeyer, Bremen, Reuterstr. 22.

Pappel-Verkauf.

Im freiw. Auftrage des Eigentümers der früher. Isernhinke'schen Weide in Graes werde ich am Samstag, den 18. Dezember, nachm. 1 Uhr, etwa 50 Festmeter Pappeln an Ort und Stelle gegen Kredit und Bürgschaft verkaufen.
Jakob Hoppen,
Versteigerer in Ahaus.

Jugendliche
Arbeiterinnen
stellt ein
J. Stracke
Ahaus.

Einfach möbl.
Zimmer
sucht jg. Mann in Epe oder Umgebung.
Offerten mit Preisangabe unt. A. G. 25 an die Geschäftsstelle d. Ztg. in Gronau, Bahnhofstr. 31.

Wegen der
Maul- und Klauenseuche
findet der Viehmarkt am 15. Dezember 1926 hier nicht statt.
Breden, den 9. Dezember 1926.
Der Bürgermeister.

Für die Beweise herzl. Teilnahme und die reichen Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, sprechen wir unsern
innigsten Dank
aus.
Familie Noll.
Epe, im Dezember 1926.

Weihnachtskrippen

in hochfeiner Ausführung soeben eingetroffen

Aug. Scholbrock
Vreden, am Markt

Zwangsversteigerung.

Am Donnerstag, den 16. Dezember 1926, werde ich in Vreden:

7 Herrenräder

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.
Sammelpunkt der Käufer beim Wirt Bußmann in Vreden.
Möller,
Obergerichtsvollzieher in Vreden.

Öffentliche Mahnung

Rückständige Grundvermögens- und Hauszinssteuern für Dezember 1926 für Ahaus und Ammeln zuzügl. 10 Proz. Verzugszinsen vom 15. 12. ab sowie die kath. Kirchensteuern sind nunmehr binnen 3 Tagen zu entrichten, widrigenfalls unverzüglich zur Pfändung geschritten wird.
Schonfrist kommt in Wegfall.
Ahaus, den 15. Dezember 1926.
Die Stadtkasse als Vollstreckungsbehörde.
Essing.

Bekanntmachung.

Während des Jahres 1927 sollen die Bekanntmachungen aus unserm Handels- und Genossenschaftsregister außer im Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger auch in der „Ahauser Kreiszeitung“ erfolgen, bei den großen Firmen außerdem noch in der „Kölnischen Zeitung“.
Ahaus, den 8. Dezember 1926.
Das Amtsgericht.

Rosenthal
Kunst- und Gebrauchs-Porzellane
Niederlage:
Martin Roßkamp, Gronau
Fernruf 347.



Wie wir Ihre Rückgratverkrümmung ohne Berufsstörung ueffern und ev heilen, zeigt unser Buch mit 50 Abbildungen Zu beziehen gegen Nachnahme von Mk 1.— von Franz Menzel, Hannover, Lavesstraße 23.

Gefl. Achtung

für die Bäckerei

FA. G. A. MAATHUIS Hzn.
ENSCHEDE. Küppersdyk.
Ständiges - Lager - Weizenmehl von der
FA. Noury & v/d Lande
Weizenmehlfabriken Deventer (Holland).
Sofortige Lieferung — Jedes Quantum.
Fabrikpreise.



Wachsamer
Schäferhund
4 Jahre alt, passend als Hofhund, billig abzugeben.
Jos. Flück, Ahaus, Coesfelderstr. 280.

Bekanntmachung.
Vorsicht Lebensgefahr!

Die neugelegte Hochspannungsleitung von der Umspannstation Ochtruper Straße bis zum Bahnübergang über die Laubstiege ist in Betrieb genommen und steht unter Hochspannung.

Städt. Elektrizitätswerk Gronau.

Für Ihren Hund empfehlen, wenn Sie denselben gesund erhalten wollen,
Nagut-Hundekuchen
den er gern frißt, auch wenn Sie ihn verwöhnt haben
Frau B Rohrecht, Köln-Deutz, schreibt: „Wenn ich meiner deutschen Dogge kein Nagut gebe, frißt sie mir die Haare vom Kopfe Meine Dogge litt ohne Rizinusöl an Verstopfung und seitdem ich Nagut füttere, hat sich dieses Uebel verloren.“

Kreistagssitzung
Ahaus

am Donnerstag, den 16. Dezember, morgens 9 Uhr, im Kreishause zu Ahaus.

Tagesordnung:

1. Uebernahme selbstschuldnerischer Bürgschaft des Kreises bei Gewährung von Darlehen seitens der Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen an Kriegsbeschädigte.
2. Uebernahme selbstschuldnerischer Bürgschaft des Kreises für aufzunehmende Meliorationsdarlehen.
3. Beteiligung des Kreises an der Bodenkultur-Aktiengesellschaft zu Berlin.
4. Erlaß einer Wegevorausleistungsabgabenordnung.
5. Wahl der Ueberwachungskommission der Kreis- und Stadtsparkasse gemäß § 8 der Sparkassensatzung.
6. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Grundsteuerausschusses für den Fabrikdirektor Erdelen-Heek, welcher sein Amt niedergelegt hat.
7. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Steuerausschusses für den Bezirk V (Wessum—Ottenstein).
8. Neuwahl der Beisitzer für die Mieteinigungsämter und Kleingartenschiedsgerichte.
9. Neuwahl der Schauamtsmitglieder.
10. Uebernahme weiterer Gemeindestraßen auf den Kreis.
11. Gewährung von Arbeitgeberdarlehen für Wohnungsbauten an Kreisbeamte.
12. Bericht über die Finanzlage des Kreises.
13. Verwendung von Mitteln des Titels VII des Haushaltsplans (Kreisbauverwaltung) zur Deckung der Etatsüberschreitungen bei Titel VIII der Ausgabe (Zuschuß des Kreises zu den Kosten des Kreisarbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge).
14. Bewilligung weiterer Mittel für die Durchführung von Kinderkuren.
15. Bewilligung weiterer Mittel für die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.
16. Erhöhung der Beihülfe für Fertigstellung der landwirtschaftlichen Schule.
17. Ausdehnung der Tätigkeit des Kreiskommunalarztes.
18. Verkauf der Viehseuchenhalle bei Schöppingen.
19. Bewilligung von Beihilfen für die Hochwassergeschädigten

England und seine Katholiken.

Das englische Unterhaus hat am 3. Dezember einem Gesetz seine Zustimmung gegeben, das eine Reihe noch aus früheren Jahrunderten bestehende Ausnahmebestimmungen gegen die Katholiken beseitigen soll. Es handelt sich um die „Roman catholic relief bill", durch die nicht weniger als acht Gesetze, datierend von Eduard 6. in der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zur Königin Viktoria aufgehoben werden. Manches von dieser Gesetzgebung stand seit langem nur noch auf dem Papier, und die Gegner der Bill beriefen sich nicht so sehr auf ihre Schädlichkeit als auf ihre Ueberflüssigkeit. Unter praktischen Gesichtspunkten sind es im wesentlichen vier Uebelstände, welche die Betätigungsfreiheit der Katholiken bis heute gelegentlich eingeengt und die Bill notwendig gemacht haben: das Prozessionsverbot, die Rechtsunsicherheit des Grundbesitzes in Händen katholischer Orden, eine besonders umständliche polizeiliche Meldepflicht für katholische Ordensmitglieder und die Benachteiligung katholischer Stiftungen, verglichen mit protestantischen, bei der Einkommensteuer. Letztere sind seit je von der Einkommensteuer befreit, die katholischen Stiftungen sollen es durch die Bill werden. Erwähnenswert ist auch noch, daß ein Katholik bisher nicht Lordkanzler und damit Präsident des Oberhauses werden konnte, daß seit den Tagen der Königin Elisabeth 50 Pfund Sterling Strafe darauf standen, wenn sich ein katholischer Priester in seinem Ornat außerhalb seines Hauses oder der Kirche zeigte, daß auch der Besitz ritualer Bücher verboten war. Aber alle diese Bestimmungen standen in der Tat in den letzten Jahrzehnten lediglich noch auf dem Papier. Strafverfolgungen sind in dieser Zeit nicht mehr zu verzeichnen gewesen.

Die antikatholische Gesetzgebung hat im übrigen in England eine ständige Ausdehnung des Katholizismus nicht verhindern können. Immer katholisch geblieben ist bekanntlich Irland, nur der Norden, der ja auch heute nicht zum Freistaat Irland, dem Dominion im britischen Reich, gehört, hat eine überwiegend protestantische, von England eingewanderte, aber auch gewaltsam dem Katholizismus abgerungene Bevölkerung. Um 1800 gab es in Irland fünf Millionen Katholiken, in England dagegen kaum eine Viertel Million, darunter etwa 500 katholisch gebliebene grundbesitzende Familien des Adels. Heute gibt es in England etwa drei Millionen Katholiken. Ihre Hauptmasse sind Arbeiter, aber ihre Führung liegt in den Händen der natürlich nur eine verschwindende Minderheit bildenden Aristokratie, darunter etwa 40 katholische Peers. Der geistliche Führer ist Kardinal Bourne.

Auffallend ist die verhältnismäßig starke Betätigung von Katholiken im Dienste des Reiches, und gerade auch in dem Teil der Reichspolitik, den man als den wichtigsten bezeichnen kann: die Auswärtige Politik, ist heute Katholiken in viel größerer Zahl anvertraut, als es ihrem Prozentsatz in der Gesamtbevölkerung entspräche. Da ist Sir William Tyrrell, da ist Mr. Gregory (ein sehr wichtiger Abteilungschef im Foreign Office), da ist der englische Botschafter in Washington, ein Botschaftsrat in Berlin und eine große Zahl von Diplomaten und Sektions-Beamten. Von 22 katholischen Abgeordneten des Unterhauses sind zehn konservativ, zwei liberal. Vier sind Privy Councillors, darunter auch der alte T. P. O'Connor, der Vater des Unterhauses.

Im Laufe der letzten 150 Jahre ist eine Schranke nach der andern gefallen, die gegen die Katholiken in England aufgerichtet war. Seit 1778 können katholische Priester nicht mehr an den Galgen gehängt werden, wenn sie Gottesdienst abhalten. Später fielen andere Schranken, darunter auch das Verbot der Wählbarkeit und des Wahlrechts von Katholiken. Selbst die Jesuiten sind seit langem zugelassen, wenngleich auch nicht jesuitische Klöster, und es stört die Engländer nicht, daß die katholische Propaganda in Händen von Jesuiten liegt.

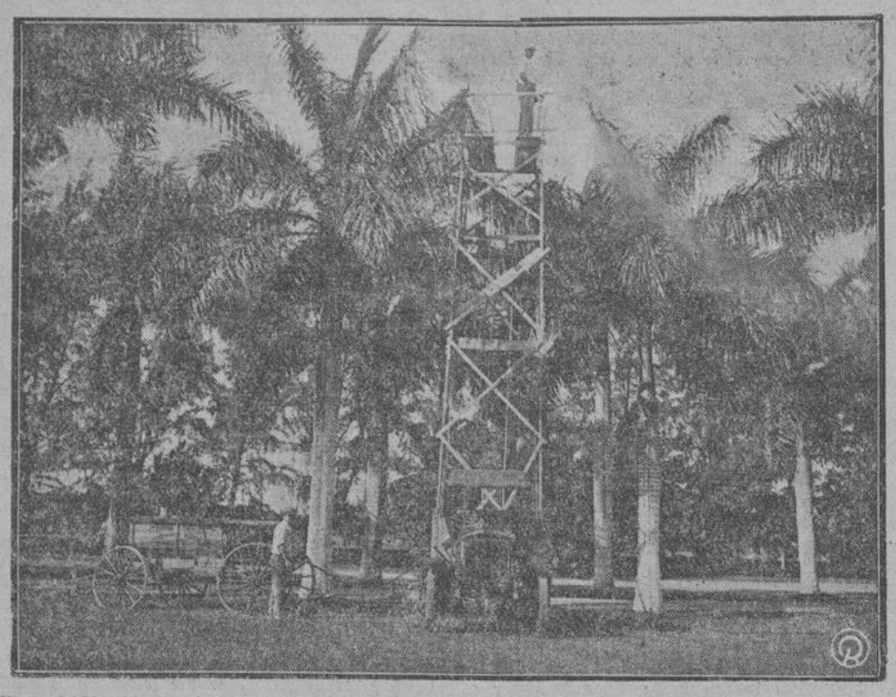
Die jetzige Bill ist nicht vor der Regierung eingebracht worden, obwohl man weiß, daß der Premierminister Baldwin sie begünstigt und einem seiner Privatsekretäre gestattete, ihre Einbringung zu unterstützen. Sie hat als Urheber zwei konservative Abgeordnete, aber die überzeugten Freunde des Entwurfs saßen nicht so sehr bei der Regierungsmehrheit als bei den Liberalen und vor allem der Labour Party. Gegen das Gesetz erhob sich im Unterhaus bei vorwiegender Gleichgültigkeit seiner Mitglieder nur eine geringe aus anglikanischen Kirchenkreisen angeregte Opposition. Die Debatte war reichlich kurios. Sie bewies, daß die meisten Parlamentarier von noch größtenteils nur theoretisch bestehenden Beschränkungen keine Ahnung hatten. Aber es klang vielfach das Mißtrauen durch, daß die Bill auf eine Begünstigung der römisch-katholischen Kirche herauskomme. Ja sogar das Gespenst einer anglo-katholischen Verschwörung wurde an die Wand gemalt, die mit Hilfe der Roman Catholic Relief Bill die Ritualbewegung in der Hofkirche stärken möchte. Der Solicitor General, an und für sich ein Mitglied der Regierung, der jedoch nur für seine persönliche Meinung sprach, verteidigte die aufzuhebenden antikatholischen Gesetze mit der Begründung, daß sie Denkmäler der altehrwürdigen Geschichte Englands seien. Ein anderer unversöhnlicher Gegner der Bill verlangte, daß die Katholiken, wenn man ihnen solche Zugeständnisse mache, zum mindesten garantieren sollten, daß die katholische Kirche in Zukunft nicht mehr auf ihren Vorschriften für Mischehen bestehen werde. Aber alle diese Einwendungen und Forderungen, in etwa fünfstündiger Debatte vorgebracht, konnten nicht verhindern, daß sie in dritter Lesung ohne Abstimmung zur Annahme gelangte.

Ein Denkmal für den deutschen Konsul in Brasilien.



In Santa Catharina im Staate Florianopolis (Brasilien) hat die Stadtverwaltung dem deutschen Konsul Karl Hoepke ein Denkmal errichtet in Anerkennung seiner Verdienste, die er sich um die Stadt erworben hat.

Ungeziefer-Bekämpfung in Amerika.



Baumschädlinge werden in Amerika in obiger Weise mittels Maschinen vernichtet.

Pius XI. an den Katholischen Frauenbund.

Der Katholische Frauenbund hatte kürzlich den Bericht über seine Tätigkeit und seine Arbeiten im letzten Jahre dem Papst übersandt. Daraufhin ist vor einigen Tagen beim Erzbischof von Köln, in dessen Sprengel sich die Zentralstelle des Frauenbundes befindet, ein päpstliches Handschreiben eingegangen, das in deutscher Uebersetzung lautet:

Unserem geliebten Sohne
Karl Joseph
unter dem Titel der heiligen Vier Gekrönten
der Heiligen Römischen Kirche Kardinal-Priester Schulte,
Erzbischof von Köln,
Papst Pius XI.

Geliebter Sohn! Gruß und Apostolischen Segen!

Beim Durchlesen des Jahresberichtes des Katholischen Deutschen Frauenbundes, der Uns kürzlich zugleich mit Deinem Empfehlungsschreiben zugesandt wurde, haben Wir einen außerordentlichen Herzenstrost empfunden. Konnten Wir doch aus ihm ersehen, wie sehr sich dieser Bund mit aller Kraft, sei es in öffentlichen Versammlungen, sei es durch geeignete Schriften, dafür einsetzt, die Reinheit der Sitten, die durch das Treiben verdorbener Menschen offenbar immer mehr leiden, zu erhalten und zu schützen. Um sein Ziel wirkungsvoller zu erreichen, betreibt er vor allem mit Eifer den Kampf gegen die sich fast überall breit machende verwerfliche Unsitte der heutigen weiblichen Kleidermode. Es ist ja gewiß überaus schmerzlich und beklagenswert, daß die Kleidung, die zunächst den Zweck hat, den Körper zu verdecken, in unserer Zeit, da so viele Frauen ihre Frauenwürde vergessen, oft genug nur dazu dienen soll, die Schamhaftigkeit freventlich zu verletzen und allen, besonders den Jugendlichen, Anlaß und Anreiz zur Sinnenlust zu sein. Deshalb ließen Wir auch keine Gelegenheit vorübergehen, ohne auf diese Quelle von Unheil offen hinzuweisen und ein solch schmachvolles Benehmen kraft Unserer Apostolischen Autorität anzuklagen und ihm nach Kräften zu wehren. Unsere Mahnungen und Vorhaltungen haben die dem christlichen Volke vorgesetzten Hirten auf dem ganzen katholischen Erdkreis mit tiefem Verständnis aufgenommen und tatkräftig weitergeleitet; besonders waren es die deutschen Bischöfe, die bald einzeln, bald gemeinsam mit allem Nachdruck Unsere Absichten und Vorsätze zur Ausführung zu bringen suchten. Deshalb kämpft auch jener Bund durchaus für den Sieg einer Sache, mit der wirkliche Besserung der Sitten und Wachstum erprobter christlicher Tugend aufs engste verbunden sind. Wir fordern den Katholischen Frauenbund nachdrücklich auf, mit aller Energie wie bisher weiter an der Lösung seiner so überaus wichtigen Aufgabe zu arbeiten, und erflehen inständig von Gott dem Herrn, Er wolle mit seiner Gnadenhilfe allen Mitgliedern beistehen und ihr begonnenes Werk und ihre Arbeiten gnädig segnen.

Inzwischen erteilen Wir als Unterpfand himmlischer Gnaden und Zeichen Unseres väterlichen Wohlwollens Dir, geliebter Sohn, den Leiterinnen und allen Mitgliedern jenes Bundes aus liebevollem Herzen den Apostolischen Segen im Herrn.

Gegeben zu Rom bei St. Peter am 26. November 1926, im fünften Jahre Unseres Pontifikates.

Papst Pius XI.

Sozialer Wohnungsbau in Westfalen.

In unseren Tagen der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit ist der Wohnungs- und vor allem der Kleinwohnungsbau eine Angelegenheit von überragender Bedeutung. Es gilt hier in hygienischer und wohnungskultureller, schließlich in sozialer Hinsicht für das Wohl der breiten Masse zu arbeiten und ihr allen diesen Forderungen entsprechende Wohnungen zu verschaffen, deren Errichtung wiederum Arbeitsmöglichkeiten und damit Brot bringt und so eine notwendige Hebung der Lebenshaltung und -form ermöglicht. Es haben sich in der letzten Zeit auf diesem Gebiete verschiedentlich Meinungskämpfe zwischen dem privaten und dem gemeinnützigen Wohnungsbau abgespielt, die zu ihrem Teil beweisen, wie sehr die Frage des Kleinwohnungsbaues in ihrer vielfachen Bedeutung für das Volkswohl und für die Volksentwicklung alle in Betracht kommenden Kreise bewegt.

Die gemeinnützige Wohnungsbautätigkeit hat von jeher, d. h. seit ihrer schon viele Jahrzehnte vor dem großen Kriege zurückliegenden Entstehung, vor allen Dingen die soziale und hygienische Seite bei der Reform der Kleinwohnung und der Herausbildung von guten grundlegenden Kleinwohnungstypen unter Berücksichtigung einer möglichst hohen Wohnungskultur stark betont. Wie sich in unserer Heimatprovinz Westfalen diese Bewegung entwickelt hat, wie sie arbeitet und welche Zukunftsaussichten sie bietet, zeigt ein Bericht der Westfälischen Heimstätte, Wohnungsfürsorgegesellschaft m. b. H., über das Geschäftsjahr 1925. Die Westfälische Heimstätte ist Stütz- und Mittelpunkt des sozialen Wohnungs- und Heimstättenbaues in Westfalen.

Während des Jahres 1925 entstanden in Westfalen unter der Treuhänderschaft der Westfälischen Heimstätte im ganzen 1286 Wohnungen (226 im Regierungsbezirk Münster, 308 im Bezirk Minden, 246 im Bezirk Arnsberg und 506 im Verbandsbezirk des Ruhrsiedlungsverbandes). Die meisten dieser Wohnungen, nämlich insgesamt 1041, wurden von — insgesamt 28 — gemeinnützigen Bauvereinigungen erstellt; die übrigen sind Bauvorhaben von Städten und Gemeinden, oder von Einzelsiedlern.

Die Tätigkeit der Heimstätte, deren Bilanz zum 31. Dez. 1925 mit 10 915 441,11 Mark abschließt, umfaßt in der Hauptsache finanzielle und technische Betreuung von Bauvorhaben gemeinnütziger Bauvereinigungen und baulustiger Einzelsiedler. Dabei ist die technische Betreuung außer im Hinblick auf Wohnungshygiene und -Kultur auch besonders wichtig für die finanzielle Betreuung, da die Uebernahme der Verantwortung für die ordnungsgemäße Verwendung der Baugelder nur durch die technische Kontrolle über die Durchführung des Bauvorhabens selbst möglich ist.

Den Bauherren, die sich nach Erwerb eines Bauplatzes und nach Zusicherung einer Hauszinssteuerhypothek an die Westfälische Heimstätte um Betreuung wenden, vermittelt diese erststellige Hypotheken, stellt ihnen Baupläne und auch Bauaufsicht zur Verfügung und unterstützt sie auf Wunsch auch bei der Beschaffung von Baustoffen. Anstelle der vor Vollendung eines Baues noch nicht erreichbaren langfristigen Beleihungen vermittelt die Heimstätte kurzfristige und später durch Hypotheken ablösbare Darlehen, die die schnelle Inangriffnahme der Bauten ermöglichen.

Ebenso widmet sich die Heimstätte der Vermittlung von Darlehen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Förderung von Landarbeiterwohnungen und aus dem Wohnungsfürsorgefonds für Schwerkriegsbeschädigte. Der finanziellen Hilfe steht hier eine unentgeltliche bauberatende Tätigkeit zur Seite.

Es zeigt sich, daß die zugesagten Gelder, wozu noch Arbeitgeberdarlehen und Darlehen aus den Mitteln für abgebaute Beamte, Eigenkapital der Siedler usw. kommen, meist nur sehr langsam eingehen, so daß die Heimstätte in hohem Maße mit der Gewährung von Zwischenkrediten einspringen muß, damit die Bauten nicht ins Stocken geraten und die Bauhandwerker und Unternehmer rechtzeitig ihre Zahlungen erhalten. Dieser Zwischenkredit betrug 1925 in der Regel ein Drittel und mehr der Baukosten. Da auch die Baustoffe und die Bauarbeiterlöhne während des Berichtsjahres stark in die Höhe gingen, so daß der Gesamtbaukostenindex von 140 Prozent der Friedenskosten im Januar 1925 auf 191 Prozent stieg, ein Satz, der zum Schluß des Jahres allerdings wieder bis auf 175 Prozent langsam herunterging, ist es klar, wie bedeutungsvoll auch hier wiederum die Tätigkeit einer Zentralstelle für die gesamte oder Teil-Betreuung der Bauvorhaben sein mußte, die stets helfend mit Zwischenkrediten und Vermittlung der die Zwischenkredite abzulösenden bestimmten endgültigen Beleihungen eintrat und so allen unvorhergesehenen Schwierigkeiten und plötzlichen Baukostenerhöhungen zum Trotz die Bauten vor dem Liegenbleiben bewahren konnte.

Die durch die Stabilisierung einsetzende Scheinblüte von 1924 hatte zur Ankündigung von großen Bauvorhaben zu Beginn des Jahres 1925 geführt, auf Grund deren und der allgemein erwarteten Belebung der Bauwirtschaft gewaltige Baukostensteigerungen erfolgt waren. Dabei blieb das Baugewerbe durchaus ungenügend beschäftigt und befand sich zu Ende des Jahres in einer bisher kaum gekannten Notlage. Erst gegen Ende des Berichtsjahres trat ein Umschwung ein; die Preise stiegen nicht mehr, da die Neigung zu Preissenkungen deutlicher hervortrat. So ließen sich die Finanzierungsmöglichkeiten wieder genau übersehen, weil Baukosten und Leistungsfähigkeit der Geldgeber nunmehr klar einzuschätzen waren. Das eröffnet für die Gegenwart die Möglichkeit einer stärkeren Entfaltung der gemeinnützigen Bautätigkeit und einer schnelleren Weiterentwicklung auf dem Wege zu gesunden, guten und preiswürdigen Kleinwohnungen.

Für die Typenarbeit der Heimstätte bedeutete das Jahr 1925 einen gewissen Wendepunkt. Statt des Erwerbshauses in der Form des Einfamilienhauses erfreuten sich das Zweifamilienhaus und besonders die Hausformen, welche sowohl die Benutzung als Einfamilienhaus wie als Zweifamilienhaus, je nach der Kopfzahl des Eigentümers gestatten, steigender Beliebtheit. Die in den ersten Nachkriegsjahren übersteigerten Anforderungen an die Wohnungsgröße haben sich mehr und mehr herabgemindert. So konnten Typenpläne für kleinere Einfamilienhäuser gründlicher Durchsicht und Ergänzung unterzogen und für Zweifamilien- und Mehrfamilienhäuser, diese besonders im Industriegebiet, Typenpläne aufgestellt werden. Der Bericht spricht von einer systematischen Entwicklung dieser Typenpläne mit ihren Abwandlungen, welche zur Anpassung an verschiedenartige Besonnung und andere örtliche Umstände erforderlich sind, zu Typenreihen.

Die Abbildungen vermitteln einen lebendigen Eindruck von dieser Typenarbeit wie vom Stande des westfälischen Kleinwohnungsbaues überhaupt und zeigen, wie die gute Kleinwohnung außen und innen als Einzelhaus und im Straßen- oder Ortschaftsbild sich darstellt.

Das Kleinwohnungswesen ist, wie dieser Bericht überzeugend dartut, in Westfalen in guter Entwicklung und verspricht der unter der Wohnungsnot schwer leidenden Bevölkerung in immer allgemeinerem Maße die sozialen Wohltaten einer sorgfältig und methodisch durchgeführten Wohnungsfürsorge zu vermitteln.

Aus aller Welt.

Schwerer Kirchenraub.

⊠ **Berlin,** 13. Dez. In der vergangenen Nacht drangen Einbrecher in die Oelbergkirche am Kottbusser Ufer und stahlen ein großes versilbertes Abendmahlgerät. Von einem Kruzifix auf dem Altar und einem anderen in der Sakristei brachen sie Heilandsfiguren ab. Aus der Sakristei entwendeten sie ferner zwei kleine Abendmahlgeräte, eine Taufschale und eine Taufdecke. Außerdem erbrachen sie 30 Sammelbüchsen und raubten den Inhalt. Von den Tätern, die mit der Oertlichkeit sehr vertraut sein müssen, fehlt jede Spur.

Eine Schlägermensur mit tödlichem Ausgang vor Gericht.

)!(**Berlin,** 13. Dez. Vor dem Schöffengericht Schöneberg hatte sich heute der Student Kuschke zu verantworten, der mit dem Studenten Bär eine „Freundschaftsmensur" ausgefochten hatte, bei der Bär sich eine Blutvergiftung zuzog, an deren Folgen er drei Wochen später starb. Das Gericht verurteilte Kuschke zu fünf Monaten Gefängnis. Es verneinte den Tatbestand des Paragraphen 206, der den im Zweikampf zugefügten Tod mit Festungshaft bedroht und kam zu einer Verurteilung aus dem Paragraphen 205, der den Zweikampf überhaupt unter Strafe stellt.

Autounfall des Oberst a. D. Nicolai.

⊠ **Berlin,** 13. Dez. Bei einem Zusammenstoß zwischen einer Straßenbahn und einer Kraftdroschke erlitt am Sonntag nachmittag der frühere Chef der Nachrichtenabteilung des Großen Hauptquartiers, Oberst a. D. Nicolai, der sich in der Droschke befand, Verletzungen. Auch seine Tochter und der Chauffeur wurden verletzt.

Urteil gegen den früheren Leiter eines Reichsbauamts.

△ **Krefeld,** 13. Dez. Nach mehrtägiger Verhandlung fällte das Schöffengericht am Landgericht Krefeld am Samstag das Urteil gegen den früheren Leiter des Reichsneubauamts, Regierungsbaurat Lücker, dem während der Inflationszeit eine ganze Reihe Amtsvergehen zur Last gelegt wurden. Das Gericht sah in zwölf Fällen Urkundenfälschung und Urkundenunterschlagung und in drei Fällen schwere passive Bestechung als erwiesen an und erkannte auf eine Gesamtstrafe von zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und 1200 Mark Geldstrafe. Elf Monate Untersuchungshaft werden auf die Strafe angerechnet.

Turbinenschaden im Großkraftwerk Böhlen der A. S. W.

⊠ **Dresden,** 12. Dez. Im Betriebe der Braunkohlen- und Großkraftwerke Böhlen der Aktiengesellschaft Sächsische Werke wurde heute nachmittag, als eine neuaufgestellte Dampfturbine ausprobiert wurde, der Generator zertrümmert. Durch herumfliegende Eisenstücke wurde der Maschinist der Werke Gruner so schwer verletzt daß er bald darauf starb. Drei weitere Maschinisten wurden leicht verletzt. Für die Ladesstromversorgung tritt keine Störung ein.

Ein Erdstoß in Zwickau.

△ **Zwickau,** 13. Dez. Gestern abend wurde hier ein Erdstoß wahrgenommen. Besonders heftig wirkte er in der inneren Stadt und in den südlichen Vororten, wo ihn ein dumpfes Rollen begleitete.

Ein Nachkomme Blüchers im Wellingtonklub.

⊠ **London,** 12. Dez. Fürst Blücher, ein Nachkomme des Feldmarschalls, wurde zum Mitglied des Wellingtonklubs wieder gewählt. Er ist der erste Deutsche, der seit dem Kriege in einem der hervorragensten englischen Klubs Aufnahme findet.

Explosion eines Oeltankdampfers.

⊠ **Newyork,** 12. Dez. Mehrere heftige Explosionen auf dem auf der Höhe von Brooklyn liegenden Oeltankdampfer „Agwisun" erschütterten heute nacht das Hafenviertel. Zahlreiche Fensterscheiben gingen in Trümmer. Hunderte am Wasser wohnende Familien flohen aus den Häusern. Die Mannschaft des Schiffes rettete sich bei den ersten Explosionen. Das Schiff ist gesunken.

Wetterbericht.

Essen, 13. Dez. Der nordische Tiefdruck zieht langsam ostwärts und erstreckt seinen Einfluß auf Norddeutschland, wo das neblig-trübe Wetter bei westlichen Winden und Temperaturen zwischen 0 und 7 Grad anhält. Unter dem Einfluß des festländischen Hochdruckgebietes, dessen Kern über den Alpen liegt, herrscht in Deutschland leichter Frost. Auf der Rückseite des nordöstlichen Tiefs strömen von Island her kalte Luftmassen südwärts, doch bilden sich über England und der Nordsee vorerst noch leichte Störungen. — Vorhersage bis Mittwoch: Meist neblig-trübe, Temperaturen tagsüber wenig geändert, später stellenweise leichter Nachtfrost, keine erheblichen Niederschläge.

Die deutsche Modekönigin 1926/27



Hilde Zimmermann.

Preis-ermäßigung

durch erhöhten Umsatz!



NSU-Motorräder

Produkte 25jähriger Erfahrung.

Type: 250 ccm Einzyl.
Effektivleistung 6,5 PS.
Barpreis: R.M. **798.-**

Type: 500 ccm Zweizyl.
Effektivleistung 11 PS.
Barpreis: R.M. **1210.-**

Type: 750 ccm Zweizyl.
Effektivleistung 14 PS.
Barpreis: R.M. **1377.-**

Type: 1000 ccm Zweizyl.
Effektivleistung 16 PS.
Barpreis: R.M. **1425.-**

Preise ab Werk.

Unerreicht in Qualität, Leistung und Preis.

Neckarsulmer Fahrzeugwerke A/G.

Günstige Zahlungsbedingungen **Neckarsulm.** Man verlange Prospekte!

NSU-Vertretung: Fahrzeughaus Hermann Ehlers, Ahaus i. W.
Fernsprecher Nr. 172.

